



DER LANDTAG

Die Parlamentszeitschrift für Schleswig-Holstein



Gesundheit!

Landtag debattiert über Krankenhäuser,
Berufsausbildung, Geburtshilfe und Corona

Tabak

2007: Rangelei
ums Rauchverbot

Tagung

Jugend im Landtag:
Pandemie-Berichte

Tacheles

Zitate des Jahres:
Bayern und Schalke

03 **Meldungen**

Gesundheit!

05 Schleswig-Holsteins Kliniklandschaft ist in Bewegung

06 Sorgen um die Geburtshilfe, digitaler Rettungsdienst

07 Schlaganfälle, pflegende Angehörige, Fachausbildung

08 **Corona:** Die Lage verschärft sich zwischen Oktober und Dezember

10 **Rückblick 2007:** Der lange Weg zum Rauchverbot



In der Öffentlichkeit inzwischen selten: stinkende Glimmstängel.

12 **„Jugend im Landtag“:** Von Corona bis Cannabis

13 Die Seite für das Ehrenamt

14 **Personalien**

16 **Im Zentrum:** Teilnehmer von „Jugend im Landtag“ berichten über ihre Corona-Erlebnisse



Eine traurige Zeit mit Lichtblicken: die Pandemie aus der Sicht von Jugendlichen.

18 **Plenum:** Debatten über Studentenwohnheime, Fehmarnbeltquerung, Artensterben, Fischfangquoten, Klimaschutzgesetz, Lehrermangel an Grundschulen und den Landeshaushalt 2022

22 **Zitate 2021:** Besondere Wortbeiträge



Auch im zu Ende gehenden Jahr waren die Nord-Abgeordneten schlagfertig am Mikrofon.

24 **Ausschüsse:** Tourismus in der Beltregion, EU-Zukunftskongress

26 **Anhörung:** Klimawandel und was der Landtag dagegen tun kann

27 **Einfache Sprache:** Zu viele Wild-Gänse an der Nord-See

28 **„Gorch Fock“:** Das Patenschiff kehrt zurück

29 **Bücher:** Aminata Touré, Angela Merkel, Querdenker

30 **Nachgehakt:** e-Sport, Jugendberufsagenturen, Kaffeespender

31 **Ins Bild gerückt:** Zu Besuch im Landeshaus

32 Termine, Termine, Termine

ZÄHLBARES

528.000

So viele Menschen behandelten Schleswig-Holsteins Krankenhäuser im Jahr 2020 vollstationär – zwölf Prozent weniger als im Jahr davor. Die Bettenauslastung sank während Corona von 78,6 auf 69,0 Prozent.

(Quelle: Statistikamt Nord)
Mehr ab Seite 5



Der Schnappschuss

Bei ihrer Rückkehr nach Kiel Anfang Oktober begegnete die „Gorch Fock“ vor dem Landeshaus der Norwegen-Fähre „Color Magic“.

Mehr zum Patenschiff des Landtages auf Seite 28.

Landtagspräsident Schlie im Home-Office

Landtagspräsident Klaus Schlie hat nach seinem operativen Eingriff im August auch im Oktober, November und Dezember im Home-Office gearbeitet. Die Leitung der Landtagsitzungen sowie weitere Termine wurden erneut von den Vizepräsidentinnen Kirsten Eickhoff-Weber, Aminata Touré und Annabell Krämer wahrgenommen.

Katrin Fedrowitz und Stefan Bolln neu im Landtag

Die SPD-Fraktion hat zwei neue Mitglieder: Katrin Fedrowitz und Stefan Bolln legten Ende Oktober beziehungsweise Ende November den Verpflichtungseid ab.

Die Norderstedterin Fedrowitz rückte für Ralf Stegner nach, der sein Landtagsmandat niedergelegt hat. Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Sozialdemokraten ist nach der Bundestagswahl im September als Direktkandidat für den Wahlkreis Pinneberg in den Bundestag eingezogen. Die Bürovorsteherin im Rechtsanwalts- und Notarfach war bereits von Januar 2016 bis Mai 2017 Landtagsabgeordnete. Sie arbeitet im Innen- und Rechtsausschuss und im Zusammenarbeitsausschuss des Landtages mit der Hamburger Bürgerschaft, und sie agiert bei den Landtagsitzungen als erste Schriftführerin.

Stefan Bolln aus Barmstedt (Kreis Pinneberg) ist für Kathrin Bockey nachgerückt, die im September zur Bürgermeisterin der Samtgemeinde Elbmarsch in Niedersachsen gewählt wurde. Bolln war zuvor vom November 2016 bis Mai 2017 Mitglied des Landtages. Der

Betriebsberater und Schornsteinfegermeister ist auch Landesschatzmeister seiner Partei. Im Landtag gehört er dem Petitionsausschuss als stellvertretendes Mitglied an.



Pächter-Wechsel in der Landeshauskantine

Nach 15 Jahren ziehen die Pächter Kay-Günter und Sandra Funck zum Jahresende 2021 aus dem Restaurant „Asperge“ im Landeshaus aus. Landtagspräsident Klaus Schlie dankte dem Ehepaar und den Mitarbeitern: „Familie Funck hat dem Landtag jahrzehntelang die Treue gehalten – das ist in heutigen Zeiten nicht selbstverständlich.“ Die Kantine an der Kieler Förde habe sich stets großer Beliebtheit erfreut, das zeige der rege Besuch sowohl von internen als auch externen Gästen.

In einem EU-weiten Ausschreibungsverfahren hat die Berliner Firma Dussmann den Zuschlag für die Nachfolge erhalten. Das Cateringunternehmen ist unter anderem für mehrere gastronomische Betriebe im Bundestag verantwortlich. Landtagspräsident Schlie freut sich über die neuen

Pächter: „Es ist eine tolle Nachricht, dass ein so versiertes Unternehmen unsere Kantine übernimmt.“



Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber (re.) und Landtagsdirektor Utz Schliesky (li.) verabschiedeten Kay-Günter und Sandra Funck Mitte Dezember und dankten für jahrelanges hochwertiges Kochen im Landeshaus.

Wortwörtlich

„Wir sind stolz darauf, was wir in fünf Jahren Jamaika erreicht haben. Und erst recht sind wir stolz darauf, dass wir das selbst unter den schwierigen Bedingungen der Pandemie mit dem nächsten Haushalt hinbekommen.“

(Tobias Koch, CDU)

...

„Es ist ein ehrlicher Haushalt. In diesem Dokument können wir nachlesen, was nach fünf Jahren von Jamaika übrig ist.

Ich verrate schon mal vorweg: Besonders viel ist es nicht.“

(Serpil Midyatli, SPD)

...

„In einer Koalition, insbesondere, wenn sie aus drei Parteien besteht, müssen deshalb umso mehr Abstriche gemacht und Kompromisse eingegangen werden. Ich danke allen Beteiligten für die fairen und konstruktiven Verhandlungen. Das Ergebnis kann sich sehen lassen.“

(Eka von Kalben, Grüne)

...

„Alles in allem setzen wir klare Schwerpunkte, wir konzentrieren uns auf die staatlichen Kernaufgaben, die wir sehr verantwortungsvoll wahrnehmen. Wir bekennen uns zu soliden Finanzen und zur Einhaltung der Schuldenbremse.“

(Christopher Vogt, FDP)

...

„Der SSW steht für skandinavisch geprägte, pragmatische Sachpolitik – auch und gerade beim Thema Haushaltberatungen.

Wir loben Lichtblicke, benennen aber auch Schattenseiten.“

(Lars Harms, SSW)

...

„Die Finanzierung von Radwegen, E-Mobilität, Batterieforschung oder Zuwendungen an politische Bildungseinrichtungen haben nichts mit Corona zu tun.

Diese Ausgaben sind daher zweck- und verfassungswidrig.“

(Jörg Nobis, AfD)

...

„Dieser fünfte Jamaika-Haushalt ist ein guter und starker Haushalt, der unsere gemeinsamen Vorstellungen zusammenführt.“

(Finanzministerin
Monika Heinold, Grüne)

”

Aus der Zweiten Lesung des Landeshaushalts 2022 am 15. Dezember.

**Mehr zum Haushalt auf Seite 21,
mehr Zitate auf den Seiten 22 und 23**

Bundesversammlung: Sie wählen das Staatsoberhaupt

Der Landtag hat im Dezember seine 27 Delegierten sowie die Ersatzleute für die Bundesversammlung gewählt, die am 13. Februar 2022 zusammenkommt, um ein neues Staatsoberhaupt zu wählen. Bei Redaktionsschluss war Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier der einzige Kandidat. Die Bundesversammlung besteht aus den Abgeordneten des Bundestages sowie aus Mitgliedern, die von den Landesparlamenten benannt werden. Die Fraktionen haben erneut sowohl Berufspolitiker als auch Angehörige der Zivilgesellschaft ausgewählt.

CDU (11 Mitglieder): Daniel Günther (Ministerpräsident), Karin Prien (Bildungsministerin), Tobias Koch (Fraktionsvorsitzender), Sabine Sütterlin-Waack (Innenministerin), Hans-Jörn Arp (Parlamentarischer Geschäftsführer), Katja Rathje-Hoffmann (Landtagsabgeordnete), Klaus Schlie (Landtagspräsident), Ute Volquardsen (Präsidentin der Landwirtschaftskammer), Tim Brockmann (Landtagsabgeordneter), Nina Eskildsen (Präsidentin des Landesverbandes des Kfz-Gewerbes), Peter Lehnert (Landtagsabgeordneter). Ersatzleute: Gülten Bockholdt (Unternehmerin), Claus Christian Claussen (Justizminister), Kristina Herbst (Innenstaatssekretärin)

SPD (7 Mitglieder): Serpil Midyatli (Fraktionsvorsitzende), Beate Raudies (Landtagsabgeordnete), Thomas Losse-Müller (designierter Spitzenkandidat für die Landtagswahl), Torsten Albig (ehemaliger Ministerpräsident), Felix Eicke (Schlagzeuger der Kieler Band „Leoniden“), Wiebke Exner (Friseurin aus Glinde), Lynn Boysen

(Auszubildende im Pflegebereich). Ersatzleute: Astrid Henke (Landesvorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft), Regina Poersch (Landtagsabgeordnete), Birte Pauls (Landtagsabgeordnete), Birgit Herdejürgen (Parlamentarische Geschäftsführerin), Martin Habersaat (Landtagsabgeordneter), Kirsten Eickhoff-Weber (Landtagsvizepräsidentin)

Grüne (4 Mitglieder): Dominik Eggert (Mitglied der Jugendfeuerwehr), Monika Heinold (Finanzministerin), Aminata Touré (Landtagsvizepräsidentin), Eka von Kalben (Fraktionsvorsitzende). Ersatzleute: Ann-Kathrin Tranziska (Landesvorsitzende), Marret Bohn (Parlamentarische Geschäftsführerin), Lasse Petersdotter (Landtagsabgeordneter)

FDP (3 Mitglieder): Bernd Buchholz (Wirtschaftsminister), Christopher Vogt (Fraktionsvorsitzender), Oliver Kumbartzky (Parlamentarischer Geschäftsführer). Ersatzleute: Annabell Krämer (Landtagsvizepräsidentin), Kay Richert (Landtagsabgeordneter), Dennys Bornhöft (Landtagsabgeordneter)

SSW (1 Mitglied): Lars Harms (Vorsitzender des SSW im Landtag). Ersatzfrau: Jette Waldinger-Thiering (Landtagsabgeordnete)

AfD (1 Mitglied): Jörg Nobis (Vorsitzender des AfD-Zusammenschlusses im Landtag). Ersatzmann: Claus Schaffer (Landtagsabgeordneter)

Bürgerpreise gehen nach Kiel, Elmshorn und Eckernförde

Unter dem Motto „Rückenwind fürs Leben – Kinder und Jugendliche stark machen“ haben der Landtag und die Sparkassen Mitte November den 18. Bürgerpreis vergeben. Bei der Auszeichnungsveranstaltung in Büdelsdorf erhielt in der Kategorie U27 das Paten-Projekt „Balu und Du“ des DRK Kreisverbandes Kiel den ersten Preis. Dort unterstützt ein Pate oder eine Patin (Balu) im Alter von 17 bis 30 Jahren ein Kind (Mogli). In der Kategorie Alltagshelden ging der Spitzenplatz zu gleichen Teilen an das Projekt „Wir lassen niemanden untergehen!“ der DLRG-Jugend Schleswig-Holstein mit Sitz in Eckernförde und an den Elmshorner Ortsverband des Kinderschutzbundes. Die Preisträger und Nominierten – in diesem Jahr gab es 69 Bewerbungen – erhielten Geld- und Sachpreise im Gesamtwert von 32.500 Euro.



Preisverleihung mit (v. li.) Moderatorin Jessica Schlage, Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber, Emilia Bill (Projekt „Balu und Du“), Laudator Jochen Wilms, Sparkassenpräsident Oliver Stolz

Juristische Gutachten bleiben vertraulich

Der Landtag muss die Liste der von seinem Wissenschaftlichen Dienst erstellten Gutachten nicht herausgeben. Das folgt aus einer im November veröffentlichten Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 27. September 2021 (Az. 10 B 4.20). Mit seinem Beschluss hat das Gericht ein anderslautendes Urteil des Obergerichtes Schleswig (OVG) vom Juli 2020 (Az. 4 LB 45/17)

aufgehoben. Das OVG muss jetzt erneut über die Sache verhandeln und entscheiden. Dabei hat es die Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts zu beachten. Landtagspräsident Klaus Schlie zeigte sich erfreut über die Entscheidung: „Der Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts gibt uns in der Sache Recht und unterstreicht die Rolle des Gesetzgebers. Er stärkt Demokratie und Rechtsstaat.“

„Nationaler Kraftakt“ für Kliniken gefordert

Mit großer Geschlossenheit hat die Landespolitik eine bessere finanzielle Ausstattung der schleswig-holsteinischen Krankenhäuser angemahnt. Die Rede war in der Oktober-Sitzung von einer „Basisfinanzierung“ oder einer „Grundfinanzierung“ als Ergänzung zu den Fallpauschalen, die für die jeweiligen Behandlungen oder Operationen erstattet werden.

Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) kündigte an, sich im Bundesrat für eine solche Reform einzusetzen. Im Dezember gab Schleswig-Holstein eine entsprechende Protokollerklärung in der Länderkammer ab. Corona habe gezeigt, dass eine Kurskorrektur nötig sei, betonte Garg. Während der ersten Phase der Pandemie standen viele Kliniken leer und hatten massive finanzielle Einbußen zu verzeichnen. Die Kliniken müssten aber in der Lage sein, „Bereiche mit hohen Vorhaltekosten“ wie die Notfallversorgung aufrechtzuerhalten, unterstrich der Minister. Denn eine flächendeckende Grund- und Regelversorgung der Patienten gehöre zur „Daseinsvorsorge“. Die FDP-Abgeordnete Anita Klahn verwies auf die Geburtshilfe. Man dürfe nicht sagen, „nur, weil es weniger Geburten gibt, gibt es weniger Einrichtungen“. An dieser Stelle müsse die Erreichbarkeit „höhere Priorität haben“.

Gut ausgestattete Kliniken seien auch die Voraussetzung dafür, qualifiziertes Fachpersonal zu binden, so Minister Garg. Diesen Punkt unterstrich Bernd Heinemann, dessen SPD den Regierungsbericht angefordert hatte: „Wir brauchen modern aufgestellte Krankenhäuser mit guten Arbeitsbedingungen.“ Ein „Personalbemessungsschlüssel“ müsse vorgeben, in welchem Bereich wie viel Mitarbeiter mit welcher Qualifikation zu welchem Zeitpunkt anwesend sein müssen, damit die Pflegekräfte „genügend Zeit“ für die Patienten hätten.



Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP): „Das System der Fallpauschalen muss zwingend um eine Basisfinanzierung ergänzt werden.“

Das System der Fallpauschalen stieß im Landtag auf heftige Kritik. Dieses Abrechnungssystem, so Hans Hinrich Neve (CDU), setze „auch Fehlanreize“, denn die Pauschalen würden „weitgehend unabhängig von der Verweildauer der Patientinnen und Patienten im Krankenhaus gezahlt“. „Gesundheit ist keine Ware“, sagte Christian Dirschauer (SSW). Derzeit werde etwa ein Kaiserschnitt deutlich besser entgolten als eine normale Geburt. Die Folge: Die Zahl der Kaiserschnitte gehe nach oben, ohne dass dies „medizinisch wirklich geboten“ sei.

Laut dem Verband der Ersatzkrankenkassen gibt es im Lande 114 Klinikstandorte mit knapp 15.000 Betten. Marret Bohn (Grüne) verwies auf den Sanierungsbedarf: „Wie eine große Bugwelle schieben wir den Investitionsstau in verschiedenen Bereichen vor uns her.“ Das Geld, „das eigentlich für Personal, also für die Pflege“, vorgesehen sei, werde aktuell „für Bauten verwendet“. Sie appellierte ebenfalls an die neue Ampel-Koalition in Berlin, mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Claus Schaffer (AfD) warf den Landesregierungen der vergangenen Jahre vor, nicht genug in die Krankenhäuser investiert zu haben und damit für die vielfach „marode Bausubstanz“ verantwortlich zu sein.

Aktuell: Seite 21



SPD-Gesundheitsexperte Bernd Heinemann: „Einige Krankenhäuser im Land kommen zunehmend in gefährliches Fahrwasser.“



Neue Eigentümer, neue Standorte

Die schleswig-holsteinische Krankenhauslandschaft ist in Bewegung. Einige Beispiele:

Kreis Pinneberg: Die Regiokliniken in den Städten Pinneberg und Elmshorn mit ihren 2.400 Mitarbeitern könnten bald an einem zentralen Standort zusammengelegt werden. Das Unternehmen der Münchener Sana-Gruppe will Doppelstrukturen abschaffen und sich neben der Grundversorgung auf bestimmte Behandlungen spezialisieren. Wo der neue Standort entstehen könnte, ist derzeit unklar. Ein neuer Campus könnte 2030 bezugsfertig sein. Bereits im vergangenen Jahr wurde der Standort Wedel geschlossen.

Kreis Ostholstein: Für die Sana-Kliniken geht es ab Januar 2022 unter einem neuen Eigentümer weiter. Der Schweizer Ameos-Konzern hat die Kliniken Eutin, Middelburg, Oldenburg und Fehmarn übernommen. Unklar blieb zunächst, was dies für die mehr als 1.000 Beschäftigten bedeutet und wie es mit der Eutiner Klinik weitergeht, die wegen maroder Leitungen seit Jahren mit massiven Wasserschäden zu kämpfen hat.

Kreis Rendsburg-Eckernförde: Finanzielle Schwierigkeiten haben die Inland-Kliniken in Rendsburg und Eckernförde. In Medienberichten war sogar von einer Insolvenz die Rede. Die Kreispolitik debattiert über eine Verkleinerung oder sogar Schließung des Standortes Eckernförde, einen Abbau von bis zu 400 Stellen und einen Neubau bei Rendsburg.



Die Geburtshilfe im Lande

In Schleswig-Holstein gibt es laut Regierungsbericht derzeit elf sogenannte Perinatalzentren für Früh- und Neugeborene sowie acht Geburtszentren. Im Jahr 2020 sind 20.800 Kinder in den schleswig-holsteinischen Kliniken zur Welt gekommen. Weitere 3.500 schleswig-holsteinische Kinder, etwa 15 Prozent aller Säuglinge, werden außerhalb des Landes geboren, hauptsächlich in Hamburg. Der Anteil der außerklinischen Geburten, etwa der Hausgeburten, liegt bei weniger als einem Prozent. In den nächsten Jahren wird aufgrund der demografischen Entwicklung mit weiter sinkenden Geburtenzahlen gerechnet. In den Kreisen Nordfriesland, Dithmarschen und Steinburg sank die Zahl der geborenen Kinder seit dem Jahr 2000 um mehr als 20 Prozent. Nur Kiel und Flensburg meldeten eine gestiegene Zahl an Neugeborenen. 2020 gab es 184 angestellte Hebammen und 104 freiberufliche Beleghebammen im Lande. Der neue Studiengang für Hebammen an der Uni Lübeck hat aktuell 35 Studienplätze.

Alarmsignale aus dem Kreißaal

Fachkräftemangel, Arbeitsüberlastung und Engpässe in ländlichen Regionen – beim Thema Geburtshilfe gibt es im Lande zahlreiche Baustellen. Das wurde Ende Oktober im Landtag deutlich. Abgeordnete aller Fraktionen zogen eine ernüchternde Bilanz der aktuellen Situation und mahnten ein Zukunftskonzept an. Der Sozialausschuss berät das Thema weiter.

Wirtschaftsminister Bernd Buchholz, der für Gesundheitsminister Heiner Garg (beide FDP) sprach, stellte einen Regierungsbericht zum Thema vor (s. Kasten oben) und zeigte sich positiv: „Insgesamt ist die geburtshilfliche Versorgung in Schleswig-Holstein flächendeckend gewährleistet.“ Es gebe allerdings einen Zielkonflikt zwischen dem Anspruch, gleichzeitig wohnortnahe aber auch medizinisch hochwertige Angebote zur Verfügung zu stellen: „Diese beiden Ziele zusammenzubringen, ist nicht immer leicht möglich.“

„Die Situation in der Geburtshilfe ist eine Katastrophe“, erwiderte Birte Pauls (SPD). Es gebe zwar genügend Hebammen. „Aber sie arbeiten angesichts der erheblichen Belastung kaum in Vollzeit, gehen scharenweise aus der klinischen Versorgung heraus, bieten eventuell selbstständige Leistungen an oder aber verlassen den Beruf ganz.“ Teilweise müssten Hebammen in den Kreißsälen mehrere Frauen gleichzeitig versorgen. „Eine riesige Erschöpfungswelle“ ziehe sich durch das Land, so Pauls. Katastrophal sei die Lage zwar nicht, betonte Katja Rathje-Hoffmann (CDU), aber sie sei „angespannt“. Immerhin planten acht Kliniken im Lande Neuanstellungen: „Jede Hebamme mehr ist ein

Gewinn.“ Sie forderte eine „Bedarfsplanung für Hebammen“ und eine „gesetzliche Grundlage für eine flächendeckende Versorgung“.

Marret Bohn (Grüne) regte Nachbesserungen beim „Boarding“ für werdende Mütter von den Inseln und Halligen an. Seit die Geburtsstationen auf Sylt und Föhr geschlossen wurden, können Schwangere und ihre Angehörigen kurz vor der Niederkunft nach Flensburg oder Husum umsiedeln. Die Wohnungen nahe den dortigen Kliniken werden von den Krankenkassen bezahlt. Die Unterbringung „weit weg von zu Hause“ funktioniere aber „nicht so gut, wie es sein sollte“ sagte Bohn. 2020 nahmen 96 Mütter das „Boarding“ in Anspruch.

Auf die Probleme bei der Versorgung von Frühgeburten mit weniger als 1.250 Gramm Gewicht wies Anita Klahn (FDP) hin. Den Kliniken in Heide und Itzehoe drohe der Verlust der Frühchen-Station, weil dort weniger als 25 Frühgeburten pro Jahr zur Welt kommen. Diese Mindestzahl gibt der Gemeinsame Bundesausschuss von Krankenkassen, Klinikbetreibern und Ärzten vor. Klahn forderte einen „Kompromiss zwischen Geburtenzahlen und Versorgung in der Fläche“. Auf die schwierige Lage während der Corona-Pandemie wies Jette Waldinger-Thiering (SSW) hin. Abstandsgebote und Zugangsbeschränkungen für Angehörige hätten in den Kliniken zu „teilweise traumatisierenden Geburten“ geführt.

Rettungsdienst soll digitaler werden

Geschlossen setzt sich der Landtag für den Ausbau von digitalen Lösungen im Rettungswesen ein. Ende Oktober gab es breite Unterstützung für eine landesweite Alarm-App, mit der ehrenamtliche Ersthelfer, die sich bei einem Unfall in der Umgebung befinden, informiert werden und so noch vor Eintreffen des Rettungs-

wagens zur Hilfe eilen können. Allerdings gebe es noch technische Probleme, hieß es. Den Ausbau der Digitalisierung in diesem Bereich wolle die Landesregierung ab 2022 mit jährlich 100.000 Euro fördern, so Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU). Weiteres Ziel sei es, die Telemedizin als Teil der Notfallversorgung zu etablieren.

Berufsausbildung bleibt im Lande kostenfrei



November 2018: Gesundheits-Azubis demonstrieren vor dem Landeshaus für die Schulgeldfreiheit.

Auszubildende in mehreren Gesundheitsfachberufen müssen in Schleswig-Holstein auch weiterhin kein Schulgeld zahlen. Dafür gab es im Dezember breiten Zuspruch im Landtag. Seit Januar 2019 unterstützt das Land die Ausbildung von Physio- und Ergotherapeuten, Logopäden, Podologen, Masseuren und medizinischen Bademeistern mit 400 Euro pro Monat. Die Förderung wurde nun verlängert, und der Satz steigt auf 450 Euro. Dafür wurden im Landeshaushalt 2022 rund 427.000 Euro reserviert.

Hintergrund der Initiative von CDU, Grünen und FDP ist der drohende Fachkräftemangel. Es sei „wichtig, dass es Menschen gibt, die Patienten nach Unfällen und Eingriffen mobilisieren und ihnen den Weg in ein beschwerdefreies Leben zeigen“, betonte die Christdemokratin Katja Rathje-Hoffmann. „Wer für die Gesundheit anderer Menschen arbeitet, sollte nicht für die eigene Ausbildung zahlen müssen“, merkte Lasse Petersdotter (Grüne) an. Der Bedarf an Fachkräften werde in Zukunft weiter steigen, mahnte Dennys Bornhöft (FDP). Schon jetzt gebe es Wartezeiten auf einen Therapie- oder Reha-Platz nach einer Operation. Die Schulgeldfreiheit

im Lande war zunächst auf zwei Jahre begrenzt, in der Hoffnung, dass der Bund inzwischen eine deutschlandweite Regelung auf den Weg bringt. Dies ist jedoch nicht geschehen. Die Ausbildung sei Ländersache geblieben, so Christian Dirschauer (SSW), und es gebe ein „bundesweit unübersichtliches und detailverliebtes Gestrüpp“ an Regelungen. Er erwarte, dass „eine neue Koalition mit neuem Schwung“ das Thema angehe, blickte Sozialminister Heiner Garg (FDP) auf die Ampel in Berlin. Der Befreiung vom Schulgeld waren im Herbst 2018 Proteste der Betroffenen vorausgegangen – und eine Initiative der SPD im Landtag. Darauf wies der Sozialdemokrat Bernd Heinemann

hin und sprach von einem „Erfolg der SPD aus der Opposition heraus“. Claus Schaffer (AfD) protestierte gegen die geplante „ungerechtfertigte“ Corona-Impfpflicht für Gesundheitsberufe. Dies werde „mehrere tausend Fachkräfte aus dem Beruf treiben“.

Schlaganfallversorgung soll verbessert werden

Schlaganfälle sind die dritthäufigste Todesursache in Deutschland, nach Herzerkrankungen und Krebs. Im Jahr 2019 wurden in Schleswig-Holstein 13.841 Schlaganfälle verzeichnet. Die Jamaika-Fraktionen wollen die Versorgung der Patienten verbessern. Ein entsprechender Antrag wurde im November einstimmig angenommen. So soll es im Krankenhausplan des Landes künftig verbindliche Vorgaben für die Schlaganfallbehandlung geben. Grundlage soll die Zertifizierung der Behandlungseinheiten, der sogenannten Stroke Units, durch die Deutsche Schlaganfall-Gesellschaft sein. Aktuell sind 13 Krankenhäuser als regionale oder überregionale Stroke Unit zertifiziert. Dort sollen möglichst viele Patienten möglichst schnell eingewiesen werden, und es sollen hochwertige Apparate und ausreichend Fachkräfte zur Verfügung stehen. Die verschiedenen Stroke Units sollen in einem Netzwerk zusammenarbeiten.

Um die Versorgung in ländlichen Regionen, insbesondere an der Westküste, zu gewährleisten, werden außerdem mobile Stroke Units an angeregt – speziell ausgerüstete Rettungswagen mit einem Computertomographen, einem Labor sowie einem Notarzt und einem Neurologen an Bord.

Mehr Hilfen für Angehörige von Pflegebedürftigen gefordert

Durch die Corona-Pandemie hat sich der Zustand bei über der Hälfte der rund 130.000 Pflegebedürftigen in Schleswig-Holstein verschlechtert. Sie litten vor allem unter Angst und Vereinsamung. Und das wirkt sich auch auf Angehörige aus, die die Pflege übernommen haben: Sie seien oft an der Grenze ihrer Belastbarkeit. Das erklärte Sozialminister Heiner Garg (FDP) Ende November in

einem vom SSW angeforderten Bericht. Vor diesem Hintergrund forderte der Landtag mehr Entlastung, weniger Bürokratie und wirksamere Unterstützung der Betroffenen, die in häuslicher Pflege zum Teil rund um die Uhr tätig sind.

Rund 70 Prozent der pflegebedürftigen Personen würden zuhause gepflegt, sagte der Minister. Unterstützung gebe es bereits durch

die Pflegestützpunkte, die es seit Mai 2020 flächendeckend in jedem Kreis gibt. Diese Einrichtungen erhielten mehr Geld. Zudem will die Landesregierung digitale Angebote und weitere Entlastungsangebote ausbauen, etwa im Kompetenzzentrum Demenz, kündigte Garg an. Für Christian Dirschauer (SSW) reicht das nicht aus: „Wir brauchen unter anderem eine echte Lohnersatzleistung.“

28. Oktober

Streit um kostenlose Corona-Tests

Ab dem 11. Oktober waren Corona-Schnelltests in Testzentren in der Regel kostenpflichtig. AfD und SSW protestierten im Landtag gegen diese Regelung.

Es sei eine „bewusste Spaltung der Gesellschaft“, Geld für die Tests zu verlangen, so Claus Schaffer (AfD). Menschen in prekären Lebenslagen könnten sich die 15 bis 25 Euro teuren Tests häufig nicht leisten. „Wir wollen im Kampf gegen die Pandemie keine weiteren Barrieren aufbauen“, begründete Jette Waldinger-Thiering den Antrag des SSW. Die neue Regelung treffe „diejenigen, die eh schon wenig Geld haben“.

Beide Anträge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. Die Abschaffung der Gratis-Tests sei „folgerichtig“, sagte Hans Hinrich Neve (CDU). Es gebe inzwischen ein kostenloses Impfangebot für alle Erwachsenen. „Wer sich nicht impfen lässt, obwohl er es könnte, der spielt dem Feind Corona in die Hände“, so Neve. Der Bund habe monatelang „Milliarden“ Euro für die Gratis-Tests ausgegeben, merkte Ines Strehlau (Grüne) an. Wer sich

immer noch nicht impfen lassen wolle, dem sei es zuzumuten, die Tests selber zu bezahlen. Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) wies darauf hin, dass Schleswig-Holstein das einzige Bundesland wäre, das die Kosten übernehmen würde: „Wir sehen als Landesregierung dazu keine Veranlassung.“

Am 12. November führte die Bundesregierung die „kostenlosen Bürgertests“ wieder ein.

24. November

Günther: 2G-plus wäre „maximale Verschärfung“

Reichen die Einschränkungen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie aus? Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) hat Ende November die Linie der Jamaika-Koalition verteidigt. Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD) warf der Regierung vor, zu spät auf steigende Infektionszahlen reagiert zu haben. Sie forderte strengere Eingriffe.

Plan- und Ideenlosigkeit – so lauteten die Vorwürfe der SPD-Fraktionsvorsitzenden. Der Regierungschef verunsichere mit einem Zick-Zack-Kurs die Bevölkerung. Schon Ende September hätte die Landesregierung auf 2G umschwenken sollen, sagte Midyatli. Der Ministerpräsident aber habe im Spätsommer und Herbst „den falschen Sound“ an die Bevölkerung gegeben: „Sie haben sich für ein ‚easy-going‘ und ‚wird schon werden‘ entschieden. Das war ein fataler Fehler“, sagte Midyatli. Sie prognostizierte, die 2G-Regelung werde nicht mehr reichen, um die vierte Welle zu brechen. Es müsse mindestens eine 2G-plus-Regelung, also ein zusätzlicher Test auch für Geimpfte, erwogen werden, um einen weiteren Lockdown zu verhindern.

Der Kurs mit schärferen Maßnahmen bei angespannter Pandemielage und „Erleichterung, wenn die Lage sich entspannt“, habe sich bewährt, entgegnete Ministerpräsident Günther: „Ich bin stolz darauf, dass wir als Land mit den niedrigsten Inzidenzen die härtesten Maßnahmen in Deutschland gemacht haben.“ Die Lage in Schleswig-Holstein sei aktuell zwar ernst, „aber wir sind nicht in Sachsen oder Bayern“. Der Norden habe stets bessere Kennzahlen gehabt als die meisten anderen Länder. Die am Montag der Plenarwoche

in Kraft getretene Landesverordnung mit der 2G-Regel sei auf vier Wochen ausgelegt und soll laut dem Ministerpräsidenten auch über Weihnachten gelten. Die von der SPD geforderte 2G-plus-Regel sei die „maximale Verschärfung“, die er aber vermeiden wolle. Das Kabinett wolle geimpften Menschen, die sich solidarisch gezeigt hätten, nicht den Weg in Gaststätten oder Fitnessstudios versperren.

„Antigentests haben Fehler“

CDU-Fraktionschef Tobias Koch schloss einen Lockdown für Geimpfte als „nicht verhältnismäßig“ aus. Christopher Vogt (FDP) forderte,

das Boostern voranzutreiben: „Wir haben zu spät erkannt, dass das wichtig ist.“

Marret Bohn (Grüne) sprach sich für eine Abkehr von den Antigen-Schnelltests aus, die nachweislich eine erhöhte Fehlerquote hätten: „Was muss noch passieren, bevor wir bundesweit auf PCR-Tests setzen?“

Lars Harms (SSW) begrüßte, dass es inzwischen wieder kostenlose Tests gibt, und dass die Impfzentren wieder öffnen: „Es freut uns, dass auf uns gehört wurde“. Claus Schaffer (AfD) warf der Landesregierung Ausgrenzung von Ungeimpften und Aktionismus vor. „Testpflicht schlägt Impfpflicht“, sagte der fraktionslose Abgeordnete Frank Brodehl. Das 2G-Prinzip sei trügerisch, „Sicherheit am Glühweinstand“ gebe es nur mit 1G – mit einem aktuellen Test.



SPD-Fraktionschefin Serpil Midyatli: „Die Regierung hat zu spät reagiert.“



Ministerpräsident Daniel Günther (CDU): „Wir stehen bundesweit mit am besten da.“

16. Dezember

Breite Einigkeit beim Impfen gegen Omikron

Seit November breitet sich die Omikron-Variante des Corona-Virus auch in Europa aus. Vor diesem Hintergrund hat die schleswig-holsteinische Landespolitik mit großer Geschlossenheit ein gemeinsames Signal für das Impfen gesetzt. Auch SPD und SSW signalisierten grundsätzliche Unterstützung für den Kurs der Landesregierung, die auf eine Ausweitung der Impf-Angebote setzt.

„Wir haben die Kapazitäten schnell hochgefahren“, erklärte Gesundheitsminister Heiner Garg (FDP) und verwies auf flächendeckende Impfzentren und mobile Impfteams sowie Angebote für Kinder zwischen fünf und elf Jahren. Wegen der „ganz erheblichen Anstrengungen“ liege Schleswig-Holstein „in allen Kategorien im Spitzenfeld“. Garg übte indirekt Kritik an Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD), der wenige Tage vor der Landtagsitzung über Engpässe beim Impfstoff gesprochen hatte. Dies habe bei vielen Menschen Unsicherheit hervorgerufen, so Garg. In Schleswig-Holstein sei die Lage „vergleichsweise noch zufriedenstellend“. In den kommenden Wochen müsse kein vereinbarter Termin abgesagt werden.

Auch die SPD stehe hinter der Impfkampagne, betonte Oppositionsführerin Serpil Midyatli: „Wir stehen bereit, Seite an Seite mit Ihnen durch die Pandemie zu gehen.“ Sie sah aber „Verbesserungspotential“. So müsse das zentrale Impfportal des Landes barrierefrei für Seh- und Hörbehinderte eingerichtet werden, und die Informationen müssten in weiteren Sprachen neben Deutsch und Englisch vermittelt werden: „In bestimmten Milieus erreichen wir die Menschen mit herkömmlichen Kampagnen nicht.“

„Dankeschön an die Bevölkerung“

„Schleswig-Holstein hebt sich deutlich ab vom Rest der Republik“, sagte Hans Hinrich Neve (CDU). Er richtete ein „großes Dankeschön an die Bevölkerung“ für die hohe Impfbereitschaft im Lande, denn auch das Boostern laufe „hervorragend“. „Schleswig-Holstein zieht an einem Strang“, betonte Neve und verwies auf Impfkampagnen in vielen Gemeinden, organisiert von Feuerwehren, Sportvereinen oder Kirchen. „Es geht immer mehr, aber wir sind in Schleswig-Holstein schon sehr gut“, befand



In Schleswig-Holstein wird häufiger gepikst als anderswo. Am Tag der Landtagsdebatte waren 76,8 Prozent der Menschen im Norden doppelt gegen Covid-19 geimpft. Das bedeutete Platz vier hinter Bremen, dem Saarland und Hamburg. 28,5 Prozent hatten zudem eine Auffrischungsimpfung erhalten.

auch Eka von Kalben (Grüne). So sei es im Lande deutlich einfacher, an einen Impftermin zu kommen als in Hamburg. Dass die Vakzine möglicherweise knapp geworden seien, liege am ehemaligen Bundesgesundheitsminister: „Jamaika kann nichts dafür, wenn Jens Spahn zu wenig Impfstoff bestellt.“

Der Norden stehe „an der Spitze mit der Spritze“, so Dennys Bornhöft (FDP), und das liege auch daran, dass die Landesregierung „unaufgeregt und nüchtern“ mit den Menschen kommuniziere und damit auf eine hohe Akzeptanz treffe. Jamaika verfare anders als etwa die bayrische Staatsregierung, die mit „Kraftausdrücken und Drohungen gegenüber der Bevölkerung“ arbeite. Christian Dirschauer (SSW) forderte „Nachhaltigkeit“ bei der Impfstrategie, denn „auch im Sommer und im nächsten Winter benötigen wir Impfzentren“. Er forderte ein „einladendes System“

wie in Dänemark, wo jeder Einwohner eine Einladung zur Impfung per Brief oder SMS bekomme.

Kontroverse über AfD-Äußerungen

Der fraktionslose Abgeordnete Frank Brodehl warf der Landesregierung vor, die Menschen „wie unmündige Kinder“ zu behandeln: „Ihre Pandemiepolitik hat dazu geführt, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt aufweicht.“ Claus Schaffer (AfD) beklagte eine „Unwissenheit staatlicher Stellen“. „Sie wissen nicht, wer wen ansteckt, und unter welchen Bedingungen das geschieht“, sagte er an die Adresse der Regierung und forderte „endlich valide Daten anstatt Panik und Spaltung“. Die Äußerungen der AfD stießen auf heftige Kritik. Redner anderer Fraktionen warfen ihr vor, die Pandemie zu verharmlosen.

Was hat die Landespolitik in früheren Zeiten bewegt?

In dieser Serie blicken wir ins Archiv und spüren nach, was den Landtag in vergangenen Zeiten beschäftigt hat.
Diesmal: der lange Weg zum Rauchverbot.

2007:

Das Qualmen wird vom Normalfall zur Ausnahme

Schleswig-Holstein zum Beginn des 21. Jahrhunderts: Es wird geraucht. Angestellte qualmen in ihren Büros, Schüler paffen in der Raucherecke, Zugreisende rollen im Raucherabteil durch die Landschaft, und Restaurantgäste zünden sich nach dem Hauptgang einen Glimmstängel an. Heutzutage, zwei Jahrzehnte später, ist der blaue Dunst weitgehend aus dem öffentlichen Leben verschwunden. Bis Teer und Nikotin aus der schleswig-holsteinischen Luft verbannt waren, dauerte es allerdings mehr als sechs Jahre.

Den Aufschlag machte die CDU-Abgeordnete Frauke Tengler im November 2001 mit ihrer Forderung nach rauchfreien Schulen. Die damals oppositionelle Christdemokratin rief die rot-grüne Koalition auf, das Rauchen „im gesamten Schulgebäude, auf dem Schulhof und bei Schulveranstaltungen“ zu verbieten – außer, die Schulkonferenz beschließt Ausnahmen. „Wenn wir Kinder und Jugendliche vor der Sucht schützen wollen, dann ist die Umsetzung unseres Antrages ein Beitrag dazu und der Anfang vom Ende der Kapitulation vor dem Rauchen an unseren Schulen“, so

Tengler im Landtag. Die Koalition reagierte skeptisch. „Was aber passiert, wenn wir Verbote erlassen?“, fragte die Grünen-Abgeordnete Angelika Birk. „Es wird auf den Toiletten geraucht, und es wird auf der Straße gegenüber geraucht.“ Ihre Folgerung: „Wenn wir hier überregulieren, dann erreichen wir gar nichts.“ Es blieb bis auf weiteres den Schulen selbst überlassen, wie sie mit den Rauchern in Schüler- und Lehrerschaft umgingen. Die rauchfreie Schule kam schließlich Ende 2005 – per Erlass der neuen Landesregierung aus CDU und SPD.

Grünen-T-Shirts erhitzen die Gemüter

Im Dezember 2005 setzten die Grünen, inzwischen in der Opposition, das Thema erneut auf die Agenda. Sie forderten, den Qualm aus „allen Gebäuden der Landesregierung und nachgelagerter Behörden“ zu verbannen. Auch im Landeshaus, wo Aschenbecher in der Vorhalle des Plenarsaals bereitstanden, sollten nach Vorstellung der Grünen keine Zigaretten mehr entzündet werden. „Abgeordnete, insbesondere bei Plenarsitzungen, geben ein denkbar schlechtes Bild ab“, so die Grünen-Parlamentarierin Monika Heinold. „Besuchergruppen, darunter sehr viele Schülergruppen, stoßen als Erstes auf rauchende Abgeordnete und Minister, wenn sie in einer Plenarwoche zu uns kommen.“ FDP-Sozialexperte Heiner Garg, nach eigener Aussage „ein ehemaliger Raucher, der seit viereinhalb Jahren nicht mehr raucht“, warnte dagegen vor einer „permanenten Diskriminierung von Rauchern“. Das sei „verfehlt angesichts der Tatsache, dass im Bundeshaushalt 2004 fast 14 Milliarden Euro an Einnahmen aus der Tabaksteuer fließen“.

Die Grünen-Fraktion untermauerte ihre Forderung mit einer Aktion im Plenarsaal. Die vier Abgeordneten trugen T-Shirts, auf denen eine durchgestrichene Zigarette zu sehen war. So etwas sei „Bestandteil von politischer Kultur“ und gehöre „zur Demokratie dazu“, betonte Karl-Martin Hentschel (Grüne), der zudem gestand: „Ich rauche seit 30 Jahren.“ In den anderen Fraktionen reagierte man mit Ablehnung und Spott. CDU-Fraktionschef Johann Wadepful, nach eigenem Bekenntnis „ebenfalls ehemaliger Raucher“, erinnerte an die „Würde des Hauses“. Das Parlament dürfe „nicht zu einer Klamaukbude verkommen“. Sein FDP-Kollege Wolfgang Kubicki („Ich bin Nichtraucher“) rief dazu auf, „dass wir uns hier im Haus nicht mit solchen demonstrativen



„Politische Aktion“ oder „Klamauk“? Die damals vierköpfige Grünen-Fraktion (v. li.: Anne Lütkes, Karl-Martin Hentschel, Klaus Müller, Monika Heinold) mit Motto-T-Shirts im Plenarsaal

Aktionen belästigen“. Entspannter zeigte sich der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD, Holger Astrup („Vor Ihnen steht ein bekennender Raucher“). Mit Blick auf die Grünen in ihren T-Shirts merkte er an: „Einige sehen besser aus als sonst.“ Persönlich enttäuscht äußerte sich Astrup jedoch über einen Grünen-Kollegen: „Karl-Martin Hentschel kriegt im Gegensatz zur Vergangenheit von mir nie wieder eine Zigarette!“ Landtagspräsident Martin Kayenburg kündigte „eine sehr deutliche Auseinandersetzung im Ältestenrat“ über die Protest-T-Shirts an.

Ausnahmen für Eckkneipen

Nach dem Grünen-Vorstoß wurde auch die Landesregierung aktiv und legte im Juni 2007 einen Entwurf für ein umfangreiches Nichtraucherschutzgesetz vor. Viele der Punkte waren inzwischen unstrittig: ein absolutes Rauchverbot in Kindergärten, Schulen, Sporthallen, Unis, Kliniken, Theatern und Museen. Heftige Kontroversen gab es aber über die Gastronomie. Sozialministerin Gitta Trauernicht (SPD) wollte das Rauchen in Kneipen und Restaurants weitgehend untersagen. Ausnahmen sollte es aber für „abgeschlossene Nebenräume“ geben, die „baulich so wirksam abgetrennt werden, dass eine Gesundheitsgefahr für andere durch passives Rauchen verhindert wird“. Dies sei ein „guter und praktikabler Kompromiss“, so Trauernicht im Juli 2007 im Landtag. Bei Verstößen wurde eine Strafe

von bis zu 4.000 Euro angedroht. Das Gesetz sei „löchrig“, urteilte dagegen die Grünen-Politikerin Heinold. Das Recht der Beschäftigten auf einen „rauchfreien Arbeitsplatz“ werde nicht erfüllt.

FDP-Mann Garg ging der Plan hingegen viel zu weit: „Die Landesregierung dehnt den Begriff des öffentlichen Raumes willkürlich auf private Angebote an die Öffentlichkeit aus.“ Eine Eckkneipe sei etwas anderes als ein Finanzamt oder ein Krankenhaus. Die Liberalen machten sich dafür stark, das Rauchen weiter zu erlauben, sofern Lokale sich als „Raucher-Gaststätte“ oder „Raucher-Disco“ kennzeichnen. Und: Rauchfreiheit sollte nach Willen der FDP auch in Bars herrschen, die über leistungsstarke Entlüftungsanlagen verfügen. Ähnlich wie die Freidemokraten argumentierten Wirtschaftsverbände. Insbesondere der Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA fürchtete eine Pleitewelle bei kleinen Kneipen ohne Nebenraum. Der Verband war kritischer Begleiter der weiteren Beratungen im Sozialausschuss.

Die Proteste zeigten Wirkung. Als der Landtag im November 2007 abschließend beriet, enthielt das Gesetz weitere Ausnahmen für die Branche, die bis heute gelten. Eckkneipen mit weniger als 75 Quadratmetern Fläche dürfen seitdem „Raucherkneipen“ bleiben, wenn sie keine Speisen anbieten und wenn Kinder und Jugendliche vor der Tür bleiben. Auf Hochzeitsfeiern in Landgasthöfen darf ebenfalls geraucht werden, wenn das Brautpaar in einen „Nebenraum“ lädt – auch, wenn dieser „Nebenraum“ größer ist als der Rest des Gasthofs. Und auch in Festzelten darf gequalmt werden, wenn sie nicht länger als 21 Tage am selben Ort stehen. Die Höchststrafe wurde auf 1.000 Euro gesenkt.

Andere Länder, andere Regeln

Trotz der Aufweichungen sprach die CDU-Abgeordnete Tengler von einem „Riesenschritt nach vorn“. Schleswig-Holstein bekomme ein „liberales, gutes Nichtraucherschutzgesetz“. Ihr SPD-Kollege Peter Eichstädt äußerte sich ähnlich positiv: „Nun wird endgültig der Paradigmenwechsel eingeläutet, der das Rauchen von Nikotin zur Ausnahme und das Nichtrauchen sowie den Schutz vor passivem Rauchen zur Regel macht.“ Zum 1. Januar 2008 trat das Gesetz in Kraft.

Aus der Opposition kam erneut Kritik. Lars Harms (SSW) monierte das „Einknicken der Großen Koalition und der Regierung vor Lobby-Gruppen“ und forderte einen konsequenteren „Nichtraucherschutz ohne weitgehende Ausnahmen“. Wer rauchen wolle, könne dies privat tun, so Harms – „da regelt der Staat überhaupt nichts“. In öffentlich zugänglichen Räumen solle der blaue Dunst aber grundsätzlich untersagt werden, so Harms.

Wie in Schleswig-Holstein, so wurde auch in anderen Bundesländern vehement gestritten. Das Gaststättenrecht war mit der Föderalismusreform 2006 an die Länder gegangen. Ähnlich liberal wie Schleswig-Holstein verfahren die Nachbarn Mecklenburg-Vorpommern, Hamburg und Niedersachsen. Die Nord-Regierungschefs sprachen sich ab, um einem Raucher-Tourismus über die Landesgrenzen und einer Pleitewelle in grenznahen Lokalen vorzubeugen. Einen anderen Kurs sind etwa Bayern, Nordrhein-Westfalen und das Saarland gegangen. Dort herrscht ein absolutes Rauchverbot in der Gastronomie. Auch der Bund wurde aktiv und untersagte das Qualmen in allen Zügen, Bussen und Taxis. Und das Rauchen im Landeshaus beschränkt sich inzwischen auf die „Havanna-Lounge“ im Erdgeschoss.

Karsten Blaas



Forderte als Erste ein Rauchverbot an Schleswig-Holsteins Schulen: die CDU-Abgeordnete und Landtagsvizepräsidentin Frauke Tengler.



Die Diskussion über das Rauchen war Titelthema der Landtagszeitschrift in der Januar-Ausgabe 2006.

„Jugend im Landtag“: Kliniken stärken, Psychotherapie fördern, Cannabis legalisieren

Ende November traf sich erneut die „Jugend im Landtag“: 40 Schüler und Auszubildende im Alter von 15 bis 21 Jahren aus ganz Schleswig-Holstein kamen im Landeshaus zusammen, um mit Abgeordneten zu diskutieren, und um ihre Forderungen an die „große“ Politik zu formulieren: kostenlose ÖPNV-Tickets für Schüler, Azubis, Studenten und Ehrenamtler, weniger Düngemittel in der Landwirtschaft, ein „Wohnraumschutzgesetz“ nach Hamburger Vorbild. Angesichts der aktuellen Corona-Lage und der Erfahrung mit knapp zwei Jahren Pandemie bildete auch die Gesundheitspolitik einen Schwerpunkt. Ein Blick in das Abschlusspapier von „Jugend im Landtag“, das nun den schleswig-holsteinischen Landtags-, Bundestags- und Europaabgeordneten sowie den Ministerien zur Stellungnahme vorgelegt wird:

Corona: Schleswig-Holsteins Nachwuchspolitiker sind alarmiert angesichts wachsender „Konflikte zwischen Geimpften und Ungeimpften“. Auch wenn immer mehr Covid-Patienten in den Kliniken liegen, müsse die Behandlung anderer Krankheiten „zu jeder Zeit sichergestellt“ bleiben. Die von der Schließung bedrohte Lungenklinik Borstel im Kreis Segeberg wollen die Jugendlichen erhalten.

Gesundheitschecks für Autofahrer: Autofahrer sollen alle zehn Jahre verpflichtende Gesundheitschecks sowie Fahrsicherheitstrainings ablegen. Ab einem Alter von 65 Jahren



Kurz vor der Verschärfung der Corona-Maßnahmen traf sich Ende November die „Jugend im Landtag“ – mit der Hälfte der sonst üblichen Teilnehmerzahl sowie mit Plexiglasschutz im Plenarsaal und Abstandsregeln im Landeshaus.

soll die Fahrtüchtigkeit sogar alle fünf Jahre überprüft werden. Solange der Kraftfahrer unfallfrei bleibt, soll der Check umsonst sein.

Bedingte Legalisierung von Cannabis: Verzehr, Besitz und Vertrieb von Cannabis-Produkten soll im Fachhandel und in Apotheken erlaubt werden, solange der darin enthaltene Wirkstoff THC einen bestimmten Höchstwert nicht überschreitet.

Programm zur Schaffung neuer Psychotherapieplätze: Im Lande soll es mehr psychotherapeutische Hilfsangebote geben. Die Ausbildung in diesem Bereich soll stärker gefördert werden, und die Landesregierung soll Anreize setzen, um mehr Menschen für

diesen Beruf zu begeistern – und zwar sowohl für die Arbeit als Psychotherapeut als auch als Kinder- und Jugendpsychotherapeut.

Psychologische Fortbildung für Lehrer: Lehrer sollen verpflichtend an Lehrgängen teilnehmen, in denen sie über den Umgang mit psychischen Krankheiten aufgeklärt werden, etwa über Soziale Phobie, Depression, Manie, AD(H)S, Panikstörung und Posttraumatische Belastungsstörung. Schüler mit psychischen Krankheiten sollen fair benotet werden und ihren Schulabschluss trotz ihrer Krankheit genauso gut absolvieren können wie psychisch gesunde Schüler.

Förderung von Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen: Es soll einen gesetzlich bindenden, von einer unabhängigen Experten-Kommission beschlossenen Verteilungsschlüssel für den Bedarf an Schulsozialarbeitern und Schulpsychologen geben, um den großen Bedarf besser decken zu können.

Änderung der Vergabekriterien für das Psychologiestudium: Neben der Abiturnote sollen weitere Kriterien für die Zulassung zum Psychologiestudium eingeführt werden, damit mehr geeignete Menschen das Fach studieren können – auch wenn sie keine Top-Noten haben. „Jugend im Landtag“ verweist auf ähnliche Regeln beim Medizinstudium.



Die jugendpolitischen Sprecher stellten sich der Diskussion (v. li.): Tobias von Pein (SPD), Jette Waldinger-Thiering (SSW), Eka von Kalben (Grüne), Tobias von der Heide (CDU). Die FDP hatte an diesem Wochenende ihren Landesparteitag.

Mehr zu „Jugend im Landtag“:
Seiten 16 und 17

Meldungen für das Ehrenamt



Viele Beschlüsse, die der Landtag fasst, haben direkte Auswirkungen auf Kommunalpolitik, Vereinsarbeit und Bürgerinitiativen.

Auf dieser Seite finden ehrenamtlich engagierte Bürger diese Themen im Überblick.

Kommunaler Finanzausgleich: 108 Gemeinden haben Mitte November Klage beim Landesverfassungsgericht gegen den seit Jahresbeginn 2021 geltenden Finanzausgleich eingereicht. Die Gemeinden fühlen sich bei der Mittelverteilung gegenüber Städten benachteiligt. Der Landtag wird diesem Verfahren nicht beitreten und auch keine Stellungnahme abgeben. Das beschloss das Parlament im Dezember einstimmig.

Die Gemeinden monieren, dass Zentrale Orte eine gesonderte Summe aus dem 1,9-Milliarden-Euro-Topf bekommen, obwohl es keine abschließende Liste von Aufgaben gebe, für die sie das zusätzliche Geld erhalten. Den tatsächlichen Bedarf der Zentralorte für überörtliche Aufgaben habe das Land nie ermittelt. Auch die nicht-zentralen Orte hätten mit steigenden Kosten für Brandschutz, Kitas, Schulen und Straßen sowie wachsenden Defiziten zu kämpfen, heißt es in der Klage.

Landesentwicklung: Kommunen erhalten die Möglichkeit, mittels einer „Experimentierklausel“ von den Vorgaben der Raumordnungspläne abzuweichen. Das sieht der neue Landesentwicklungsplan (LEP) aus dem Innenministerium vor, den der Landtag Ende Oktober genehmigt hat. Jamaika und SSW stimmten dafür, SPD und AfD waren dagegen. Der Plan soll die Landesentwicklung für die nächsten zehn bis 15 Jahre fest-schreiben. Mit ihm sollen sogenannte Megatrends „modellhaft“ erprobt werden können, wie Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) betonte. So sollen Flächen für neue Siedlungen, für Energieträger wie Solar-energie, für Gewerbe oder für Einrichtungen der Digitalisierung und der Daseinsvorsorge ausgewiesen werden können.

Viel Zuspruch kam aus Jamaika. Für Lukas Kilian (CDU) bietet der LEP große Möglichkeiten, mehr für Wohnraum und Gewerbe zu tun, und „gleichzeitig den Flächenfraß zu stoppen“. Bernd Voß (Grüne) betonte die

Klimaziele. Der Plan berücksichtige neue Energietechnologien wie auch die „Wiederverwendung bereits versiegelter Flächen“ und die „Beseitigung von Altlasten“. Oliver Kumbartzky (FDP) lobte die „Experimentierklausel“, die Schleswig-Holstein als erstes Bundesland einführe. Sie mache mehr kommunale Eigenverantwortung und eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Kommunen möglich.

Der LEP werde aufgrund des 1,5-Grad-Ziels des Pariser Klimaabkommens wohl schon bald überarbeitet werden müssen, sagte Lars Harms (SSW). Es gebe keine „übergeordnete strategische Planung“, so die Abgeordnete Kirsten Eickhoff-Weber. Mit der „Experimentierklausel“ würden stattdessen „die Konflikte in die Kommunen“ verlagert.

Kommunale Behindertenbeauftragte: SSW und AfD sind Ende November mit ihren jeweiligen Vorstößen gescheitert, Behindertenbeauftragte auf kommunaler Ebene einzurichten. Der SSW hatte in den Gemeinden verpflichtend die Bestellung eines Behindertenbeauftragten gefordert, die AfD sich für eine Kann-Vorgabe eingesetzt. Die SPD unterstütze den Gesetzentwurf des SSW, doch die Koalitionsmehrheit setzte sich durch. Bei der Ersten Lesung im März 2019 hatten die Koalitionäre ein mögliches Mehr an Bürokratie und etwaige Ansprüche der Kommunen an das Land als Gründe für ihre Ablehnung genannt. Die beim Landtag angesiedelte Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung, Michaela Pries, bezeichnete das Jamaika-Nein als „enttäuschend“.

Rückkehrrecht für kommunale Wahlbeamte: Wer unbefristet im Öffentlichen Dienst tätig ist, soll nach einer abgeschlossenen Tätigkeit als Wahlbeamter in sein ruhendes Beschäftigungsverhältnis zurückkehren können. Das sieht ein Gesetzentwurf der Landesregierung vor, den der Landtag im November an den Innen- und Rechtsaus-

schuss überwiesen hat. Die Regelung käme etwa zum Tragen, wenn ein hauptamtlicher Bürgermeister für die Dauer einer Wahlperiode seinen Arbeitsplatz in der Verwaltung verlässt. Scheidet dieser aus seinem Amt als Bürgermeister aus, so soll er nach dem Entwurf künftig „auf Antrag in dasselbe Amt derselben Laufbahn“ zurückkehren können.

E-Volksinitiative: Bereits 2016 hat der Landtag die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, eine Volksinitiative auch online auf den Weg zu bringen und zu unterzeichnen. Seit Mitte Oktober 2021 ist das Angebot unter dem Namen „e-Parti“ nun am Start. Juristische Detailfragen und die angespannte Personallage beim IT-Dienstleister des Landes, der Firma Dataport in Altenholz bei Kiel, hätten zu der Verzögerung geführt, erklärte Innenministerin Sabine Sütterlin-Waack (CDU) im Landtag: „Natürlich ärgert mich das auch.“ Sütterlin-Waack verteidigte die bei „e-Parti“ nötige Authentifizierung der Nutzer durch die elektronische Funktion des Personalausweises. Dies sei erforderlich, um den Vorgang rechtssicher zu gestalten.

Lediglich sechs Prozent der Bundesbürger nutzten den elektronischen Personalausweis, entgegnete Thomas Rother (SPD), der den Regierungsbericht angefordert hatte. Es sei außerdem kompliziert, diese Funktion freizuschalten. „Eine eidesstattliche Erklärung würde reichen“, so Rother.

„E-Parti“ ist zu erreichen unter: <https://serviceportal.schleswig-holstein.de/Verwaltungsportal/Service/Entry/PARTIBUERG>

Robert Habeck, Fraktionschef der Grünen von 2009 bis 2012 und anschließend Landesumweltminister bis 2018, ist seit Anfang Dezember Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz sowie Vizekanzler. Er ist der siebte schleswig-holsteinische Bundesminister seit 1949.

Günter Neugebauer aus Rendsburg, von 1979 bis 2009 für die SPD im Landtag, ist Ende November von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit dem Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Vizeministerpräsidentin Monika Heinold überreichte die Auszeichnung in Kiel. Neugebauer ist unter anderem Landessprecher des Verbands „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ und Initiator des Projekts „Spuren des Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein“. Besondere Verdienste habe er sich um die Erforschung des jüdischen Lebens in Rendsburg erworben, heißt es in der Laudatio.



Gemeinsam aktiv für die Erinnerungskultur: Berndt Steincke (li.) und Günter Neugebauer

Berndt Steincke, CDU-Abgeordneter von 1996 bis 2005 sowie Mitgründer und Vorsitzender der Stiftung „Gegen Extremismus und Gewalt in Heide und Umgebung“, ist Mitte November in Rendsburg mit dem Schleswig-Holsteinischen Stiftungspreis 2021 ausgezeichnet worden. Die Heider Stiftung habe die Jury des „Netzwerks Stiften“ durch ihr „langjähriges herausragendes Wirken in einem politisch hoch aktuellen Themenbereich“ beeindruckt, hieß es in der Laudatio.

Andreas Tietze, seit 2009 für die Grünen im Landtag und in der laufenden Wahlperiode Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses, ist im Oktober zum Professor für Soziale Arbeit an der Evangelischen Hochschule Hamburg berufen worden. Der studierte Sozialpädagoge und Theologe ist seit 2013 Lehrbeauftragter der Evangelischen Hochschule, zuvor war er in gleicher Funktion an der Leuphana Universität Lüneburg tätig.

Heiner Garg, FDP-Sozialminister und ehemaliger Landtagsabgeordneter, ist bei einem Parteitag Ende November für weitere zwei Jahre in seinem Amt als Landesvorsitzender der Liberalen bestätigt worden. Garg führt den Landesverband seit 2011. Ebenfalls bestätigt wurden der Fraktionsvorsitzende Christopher Vogt und Wirtschaftsminister Bernd Buchholz als stellvertretende Vorsitzende sowie der Abgeordnete Oliver Kumbartzky als Schatzmeister.

Christian Dirschauer, SSW-Abgeordneter aus Flensburg, ist auf einem Parteitag Ende Oktober zum neuen Parteivorsitzenden gewählt worden. Der bisherige Vorsitzende Flemming Meyer war nach 16 Jahren nicht wieder zur Wahl angetreten.

Johann Wadehul, CDU-Landtagsabgeordneter von 2000 bis 2009 und seitdem im Bundestag, ist auch in der neuen Wahlperiode stellvertretender Vorsitzender der Unionsfraktion.

Wolfgang Kubicki, FDP-Landtagsabgeordneter von 1992 bis 2017, langjähriger Fraktionschef der Liberalen und seit 2017 im Bundestag, ist Ende Oktober in seinem Amt als Bundestagsvizepräsident bestätigt worden.

Christian Meyer-Heidemann ist Ende Oktober vom Landtag für weitere sechs Jahre in seinem Amt als Landesbeauftragter für politische Bildung bestätigt worden. Es ist seine zweite Amtszeit. Der Landesbeauftragte berät Landtag und Landesregierung in Grundsatzangelegenheiten der politischen Bildung und organisiert eine Vielzahl eigener Veranstaltungen.



Jan Philipp Albrecht, Minister für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und Digitalisierung, ist Anfang Dezember zum Vorstand der Grünen-nahen Heinrich-Böll-Stiftung gewählt worden. Er will den Posten nach der Landtagswahl im Mai antreten.

Reinhard Meyer, von 2012 bis 2017 schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister, ist seit Mitte November Minister für Wirtschaft, Infrastruktur, Tourismus, Arbeit, Verkehr, Energie und Landesentwicklung von Mecklenburg-Vorpommern. Der SPD-Politiker war seit 2019 Finanzminister des Nachbarlandes und zuvor Chef der Schweriner Staatskanzlei.

Dirk Bahrenfuss wird neuer Präsident des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichts (OLG) in Schleswig. Der Landtag wählte den Abteilungsleiter im Justizministerium Ende Oktober einstimmig. Bahrenfuss wird das Amt zum 1. Januar 2022 antreten. Er folgt auf Uta Fölster, die zum Jahreswechsel in den Ruhestand treten wird.



Silke Seemann wurde Ende Oktober zur Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs gewählt. Die studierte Volkswirtschaftlerin war zuvor seit 2016 stellvertretende Referatsleiterin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren.

Andreas Otto, Landeshausreporter von Radio Schleswig-Holstein (R.SH) bleibt Vorsitzender der Landespressekonferenz. Als stellvertretende Vorsitzende bestätigten die Mitglieder Anfang November Julia Stein und Sylvia Aust vom NDR-Fernsehen sowie André Klohn von der Deutschen Presse-Agentur (dpa) und Niels Döring von Sat.1. Schatzmeister bleibt Dieter Schulz vom Schleswig-Holsteinischen Zeitungsverlag (sh:z).

Blickpunkt Landtag 2022

Monika Heinold, langjährige Grünen-Abgeordnete und seit 2012 schleswig-holsteinische Finanzministerin, führt die Landesliste ihrer Partei für die Landtagswahl am 8. Mai 2022 an. Sie erhielt auf einem Parteitag in Neumünster Mitte Dezember die Stimmen von 117 Delegierten bei fünf Nein-Stimmen und vier Enthaltungen. Ein Großteil der Delegierten war per Video zugeschaltet, deswegen muss die Liste bei einem Präsenzparteitag noch einmal bestätigt werden. Auf Platz 2 steht Landtagsvizepräsidentin Aminata Touré vor Fraktionschefin Eka von Kalben auf Platz 3. Weitere aktuelle Abgeordnete auf der Liste sind Lasse Petersdotter (Platz 4) und Joschka Knuth (6).



Bernd Buchholz, Wirtschaftsminister und ehemaliger Landtagsabgeordneter, ist Spitzenkandidat der FDP. Er wurde Ende November auf einer Landesvertreterversammlung in Neumünster mit 177 von 199 Stimmen auf Platz 1 der Landesliste gewählt. Auf den nächsten Plätzen stehen weitere Landespolitiker: Sozialminister Heiner Garg (Platz 2), Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer (3), Fraktionschef Christopher Vogt (4), der Parlamentarische Geschäftsführer Oliver Kumbartzky (5) und Wirtschaftsstaatssekretär Thilo Rohlf (7). Es folgen die Landtagsabgeordneten Dennys Bornhöft (8), Stephan Holowaty (10) und Jörg Hansen (11).



Lars Harms, seit 2000 für den SSW im Landtag, ist erneut Spitzenkandidat seiner Partei. Ein Parteitag in Schleswig wählte ihn Anfang Dezember auf Platz 1 der Landesliste. Er erhielt 95,1 Prozent der Delegiertenstimmen. Auf den Plätzen 2 und 3 folgen die Abgeordneten Jette Waldinger-Thiering und Christian Dirschauer.



Zahlreiche aktuelle Abgeordnete bewerben sich in einem der Wahlkreise um ein Mandat im Landtag.

SPD: Kirsten Eickhoff-Weber (WK Neumünster), Katrin Fedrowitz (WK Norderstedt), Martin Habersaat (WK Stormarn-Süd), Thomas Hölck (WK Pinneberg-Elbmarschen), Beate Raudies (WK Elmshorn), Sandra Redmann (WK Ostholstein-Süd), Kai Vogel (WK Pinneberg)

Grüne: Eka von Kalben (WK Pinneberg-Nord), Andreas Tietze (WK Nordfriesland-Nord)

FDP: Jörg Hansen (WK Ostholstein-Süd), Stephan Holowaty (WK Segeberg-West), Oliver Kumbartzky (WK Dithmarschen-Süd),

SSW: Christian Dirschauer (WK Flensburg), Jette Waldinger-Thiering (WK Eckernförde)

Weitere Nominierungen: siehe Landtagszeitschrift 03/21.



Runde Geburtstage

Harry Starck aus Mölln, von 1976 bis 1979 für die SPD im Landtag, hat am 8. Dezember seinen 90. Geburtstag gefeiert.

Stefan Schmidt aus Lübeck, seit 2011 Landesbeauftragter für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen, hat am 9. Oktober seinen 80. Geburtstag gefeiert.

Ellen-Heidi Hebestreit aus Schenefeld, von 1987 bis 1988 für die CDU im Landtag, hat am 25. November ihren 80. Geburtstag gefeiert.

Flemming Meyer aus Schafflund (Kreis Schleswig-Flensburg), von 2009 bis 2020 für den SSW im Landtag, hat am 13. Dezember seinen 70. Geburtstag gefeiert.

Herzlichen Glückwunsch!



Trauer um Otto Bernhardt

Mit einer Schweigeminute hat der Landtag Ende Oktober des ehemaligen CDU-Abgeordneten Otto Bernhardt gedacht, der am 8. Oktober im Alter von 79 Jahren verstorben ist.

Der gebürtige Rendsburger gehörte dem Landtag von 1971 bis 1985 an. In dieser Zeit war Otto Bernhardt unter anderem Parlamentarischer Staatssekretär im Kultusministerium. Nach seinem Ausscheiden aus dem Landesparlament war der

gelernte Bankkaufmann und Handelslehrer im Bankenbereich und als Unternehmensberater tätig, bevor er von 1998 bis 2009 dem Bundestag angehörte, als finanzpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion. Otto Bernhardt zählte „zu den einflussreichsten, ja prägenden Christdemokraten in Schleswig-Holstein, der mit großem politischen Gespür die Dinge zu gestalten wusste“, sagte Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber. Als „Parlamentarier durch und durch“ habe er „nicht nur um die Macht des geschliffenen Wortes und die schöpferische Kraft des politischen Meinungsstreits“ gewusst,

sondern auch „die taktischen Fähigkeiten und die nötige Durchsetzungskraft“ besessen sowie „die Begabung, Menschen mit Charme einzunehmen“. Ein weiterer Schwerpunkt des Wirkens Otte Bernhardts war die politische Bildung. Er war langjähriger Vorsitzender der Hermann-Ehlers-Stiftung und Vorstandsmitglied der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Was war deine schlimmste Corona-Erfahrung?

„Lockdown, kein Austausch mit anderen Menschen. **Krebsdiagnose**, kein gemeinsames Weinen, kein Besuch im Krankenhaus. Dann nach dem Tod von anderen Angehörigen kein Abschied.“

(Anonym)

„14-tägige **Quarantäne** wegen des Verdachts auf eine Corona-Infektion.“

(xyz)

„**Mobbing** an Schulen gegenüber Kindern, die keine Maske tragen können.“

(Anonym)

„Meine Mutter hatte vor 1 ½ Jahren Corona. Ihr Verlauf war im Grunde nicht schlimm. Aber vor ca. einem halben Jahr bekam sie **Post-Covid-Symptome**. Inzwischen hat sie Herzrhythmusstörungen, tägliche Gliederschmerzen, Müdigkeit und Geschmackshalluzinationen. Sie kann nicht mehr richtig arbeiten und leidet jeden Tag. Jemand aus meinem Bekanntenkreis möchte sich nicht impfen lassen, wegen möglicher Langzeitfolgen. Das macht mich wütend.“

(Hannah)

„Am schlimmsten war es, die **Trauer** um einen verstorbenen Freund nicht ausleben zu können.“

(Anders)

„Innerhalb von zwei Tagen gab es in meiner Klasse zwei positive Schnelltests. In der darauffolgenden Zeit habe ich mich dann von der Familie zurückgezogen, wegen der Angst, potentieller **Überträger** zu sein.“

(Philipp)

„Ich war auf einer Party eingeladen, bin nicht hingegangen. Danach hatten drei meiner Freunde Corona, und ich wurde tagelang in der Schule **ausgegrenzt**, weil alle dachten, ich wäre da gewesen.“

(Anonym)

„Das lange Alleinsein und die damit verbundene Verschlechterung meines psychischen Zustands. Im Zuge dessen habe ich mich in Therapie begeben, und es wurden **Depressionen** diagnostiziert.“

(xy)

„Meine schlimmste Erfahrung waren die Monate, als ich meine Großmutter nicht im Krankenhaus besuchen durfte. Aufgrund der Situation verschlechterte sich nicht nur ihre beginnende **Demenz**, sondern auch ihr Allgemeinzustand. Das hat dazu geführt, dass eine leicht demente Frau, die ihren Alltag jedoch vollständig allein in ihrem eigenen Haus meistern konnte, drei Monate nach einer ‚harmlosen‘ Hüft-OP im Pflegeheim verstarb.“

(Anonym)

„**Diskriminierung** und Ausgrenzung von Nichtgeimpften.“

(Anonym)

„Der **Schock**, den man durchlebt hat, als man von seinen Freunden und allgemeinen sozialen Kontakten getrennt wurde. Die Auswirkungen, die die Pandemie auf die Bildung, Entwicklung und Geistesgesundheit gehabt hat.“

(Erika)

„Ich finde es am schlimmsten, dass ich so lange keine Leute mehr treffen konnte und **wenig sozialen Kontakt** hatte.“

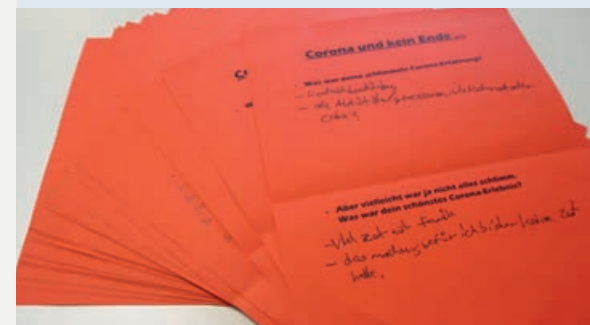
(Janne)

„Jugend im Landtag“: die Corona-Chroniken



Die Pandemie hat das Leben von Kindern und Jugendlichen in den vergangenen knapp zwei Jahren massiv verändert: Schulunterricht per Videokonferenz, Kontaktverbote mit Freunden, kaum Sport- und Freizeitaktivitäten. Wir haben die 40 Teilnehmer von „Jugend im Landtag“ Ende November per Fragebogen nach ihren schlimmsten Corona-Erlebnissen gefragt – und auch nach positiven Pandemie-Erinnerungen. Von den 15- bis 21-Jährigen aus ganz Schleswig-Holstein kamen sehr persönliche Schilderungen, teils unter ihrem eigenen Namen, teils anonym oder mit Pseudonym. Einig waren sie sich in einem Punkt: In ihrem Abschlusspapier rufen sie alle Menschen auf, „sich, wenn irgend möglich, gegen das Corona-Virus impfen zu lassen“.

Mehr zu „Jugend im Landtag“ auf Seite 12



Knapp 30 Fragebögen geben einen Einblick in die Gemütslage junger Menschen während der Pandemie.

Aber vielleicht war ja nicht alles schlimm. Was war dein schönstes Corona-Erlebnis?

„Home-Schooling, da ich mir den zu lernenden Stoff selbst einteilen konnte und so mir mehr **Freizeit** zustand, da der Unterricht nicht durch Fragen anderer aufgehalten wurde.“

(XY)

„Zu sehen, wie gut **Schleswig-Holstein** durch die Pandemie gekommen ist.“

(Tim)

„**Einzelzimmer** bei Jugend im Landtag!“

(Melis)

„Ich konnte viel mit meinen Eltern unternehmen. Wir sind oft ans **Meer**, an den See oder in die Wälder gefahren. Vor allem die Zeit um den zweiten Lockdown war, weil es geschneit hat, sehr schön. Im Lockdown 2021 im Frühjahr erging es mir mit dem Home-Schooling sehr gut, vieles hat besser geklappt. In der Schule bin ich sogar besser geworden.“

(Jacqueline)

„Ich hatte viel Zeit zum **Puzzeln**.“

(Niclas)

„Trotz Corona habe ich gute **Freunde** gefunden und auch jemanden kennengelernt, mit dem ich glücklich zusammen bin und der mir wirklich gut tut.“

(xy)

„Ich habe trotz der schwierigen Lage einen **Ausbildungsplatz** bekommen.“

(Julina)

„Beim Lockdown in der Schule wurden die **Noten gerechter** verteilt, da das Mündliche nicht viel gezählt hat.“

(Hanne)

„Durch die Isolation habe ich mich viel mit Leuten in großen **Onlineforen** beschäftigen können. Es waren viele englischsprachige User dabei, wodurch sich mein Englisch sehr verbessert hat. Auch habe ich mich viel mit ihrer Psychologie und Geschichte befassen können. Dies hat mich auch sehr weitergebildet, weil ich jetzt verstehe, wie andere Menschen aus allen Schichten und anderen Ländern ticken.“

(Jannik)

„Ich habe **kochen** gelernt.“

(Hauke)

„Ich finde, an Corona gibt es keine schönen Dinge. Die Pandemie hat für viele Menschen ihr Leben zerstört oder gar beendet. Allerdings ist es für mich eine Erleichterung, so gut und **ohne große Verluste** durch 2020/21 gekommen zu sein.“

(Janne)

„Man hat gelernt, die Routine und den gewöhnlichen **Alltag** zu schätzen.“

(Erika)

„Meine **Konfirmation**.“

(Svea)

„Wenn man sich **treffen** konnte, war das ganz schön und etwas Besonderes, so dass man bemerkt, dass Freunde etwas Besonderes sind.“

(Lukas)

Land will mehr Wohnheimplätze für Studenten schaffen

Die Landesregierung geht von weiterhin hohen Studierendenzahlen in Schleswig-Holstein aus und will gemeinsam mit den Hochschulen mehr günstigen studentischen Wohnraum schaffen. Das kündigte Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Ende Oktober in ihrer Antwort auf eine Große Anfrage des SSW an.

„Die Situation auf dem studentischen Wohnungsmarkt ist angespannt“, stellte Prien fest. Seit 2017 sind in Schleswig-Holstein 270 neue Plätze in Studentenwohnheimen entstanden, 246 sind im Bau und 700 in Planung. Die Regierung hat sich das Ziel gesetzt, bis zum Ende der Legislaturperiode 650 neue Plätze fertigzustellen. Insgesamt gibt es im Lande etwa 3.200 Wohnheimplätze, der größte Teil (1.936) in Kiel. Neun von 29 Studentenwohnheimen sind demnach sanierungsbedürftig. Das Land unterstütze den Wohnheimbau mit Zuschüssen zu Planungskosten,

zinsgünstigen Darlehen und kostengünstigen Landesgrundstücken, berichtete die Ministerin.

Die SSW-Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering monierte, dass nur für etwa sechs Prozent der Studierenden Wohnheimplätze zur Verfügung stünden. Sie warb für einen Blick nach Dänemark. Wer sich dort auf ein Zimmer im Wohnheim bewerbe, werde anhand eines transparenten Punktesystems eingestuft. Je weiter entfernt jemand von seiner Studienstadt wohne, desto mehr Punkte gebe es. Auch soziale Faktoren wie Schwangerschaft, Krankheit oder Behinderung sollten aus Sicht des SSW in einem Prioritätenplan festgeschrieben werden.

CDU und Grüne sprachen sich für neue Wohnformen aus. Etwa 67.000 Studierende verteilten sich aktuell im Land, das seien rund 10.000 mehr als im Wintersemester 2015/16, rechnete Anette Röttger (CDU) vor. Da seien auch neue Wohnmo-

delle wie „Wohnen für Hilfe“ sinnvoll. Bei diesem seit 2012 vom Studentenwerk getragenen Projekt wohnen Studenten bei älteren Menschen und helfen ihnen. Andreas Tietze (Grüne) wünschte sich kreativere Angebote wie Tiny-Häuser, also besonders kleine Häuser, oder Container-Dörfer.

Heiner Dunckel (SPD) stellte eine „Ratlosigkeit“ der Landesregierung fest. Das selbstgesetzte Ziel von 650 neuen Wohnheimplätzen werde die Jamaika-Koalition nicht erreichen, prophezeite er. Zudem mahnte Dunckel eine „wirkliche Bafög-Reform“ an, so dass Studenten auch teurere Mieten bezahlen können, ohne auf Unterstützung von Eltern oder auf Jobs angewiesen zu sein. „Schleswig-Holstein steht beim Angebot von Wohnheimplätzen im bundesweiten Vergleich seit vielen Jahren alles andere als gut da und ist beinahe Schlusslicht“, merkte FDP-Fraktionschef Christopher Vogt an: „Und daran müssen wir arbeiten.“ Der Bildungsausschuss berät weiter.

Ostseepolitik: Blick auf den Fehmarnbelt

Schleswig-Holstein will seine Ostseepolitik „neu fokussieren“ und eine „neue Dynamik“ im „Meer der Möglichkeiten“ entwickeln. Das kündigte Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) in einer Regierungserklärung Ende Oktober an. Ein Kernpunkt: die umstrittene Fehmarnbeltquerung.

Dänemark sei der „Premiumpartner“, sagte Günther, und die Beltquerung zur dänischen Insel Lolland, die 2029 fertig sein soll, sei eine „Jahrhundertchance“. Allein der Bau des Tunnels schaffe 3.000 Arbeitsplätze, und Gewerbeflächen in der Region würden bereits jetzt gebucht. Oppositionsführerin Serpil Midyatli (SPD) warf dem Ministerpräsidenten

vor, lediglich „wohlklingende Worthülsen“ zu verbreiten: „Eine neue Vision entwickeln Sie nicht.“ Bei der Beltquerung sah sie neue Chancen, „aber auch Herausforderungen“.

Der CDU-Abgeordnete Peter Lehnert hob die Klimaschutzaspekte des Belttunnels hervor: „Kürzere Lieferketten schützen die Umwelt durch

deutlich geringere Emissionen beim Transport.“ Schleswig-Holstein wachse durch das Infrastrukturprojekt noch stärker mit Skandinavien zusammen. „Wir müssen darauf achten, dass die Region keine reine Transitregion wird“, mahnte Eka von Kalben (Grüne). Es könnten vermehrt Logistikzentren entstehen, die keine nachhaltigen neuen Arbeitsplätze sicherten.

Christopher Vogt (FDP) sprach von einem „Projekt europäischer Dimension.“ Als „großer Anhänger der europäischen Idee“ sei er der Meinung, „dass es tausendmal besser ist, wenn innerhalb Europas neue Verbindungen gebaut werden, als dass neue Grenzzäune oder Schlagbäume aufgestellt werden“. Lars Harms (SSW) forderte, die A7 auf deutscher und die E45 auf dänischer Seite sechspurig auszubauen und die A20 mit der westlichen Elbquerung fertigzustellen. Jörg Nobis (AfD) hob ebenfalls den Ausbau der Autobahnen hervor und ergänzte: „Auch die B202 muss dazugehören, damit auch Kiel profitieren kann.“



Fährfahrt auf der Ostsee zwischen Dänemark und Deutschland. Nach der Fertigstellung des Fehmarnbelttunnels sollen große Teile der jährlich 1,5 Millionen Pkw statt per Fähre durch den Tunnel von Fehmarn nach Dänemark und zurück gelangen. Gegner befürchten den Verlust vieler Arbeitsplätze.

Eine Strategie gegen das Artensterben

„Die biologische Vielfalt in Schleswig-Holstein ist überwiegend in keinem guten Zustand.“ So lautete Ende Oktober die ernüchternde Bilanz von Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne). Die Landesregierung will mit einem „Masterplan für die Natur“ gegensteuern. Ziel sei es, „das Artensterben spätestens bis 2030 zu stoppen“, so der Minister. Im Parlament gab es Zuspruch für die Landesstrategie – und eine Diskussion um die Rolle der Landwirtschaft.

In Schleswig-Holstein sei jede zweite Tier- und Pflanzenart vom Aussterben bedroht, mahnte Albrecht (s. Kasten rechts unten). Ziel der Landesregierung ist es, auf 30 Prozent der Landesfläche einen guten ökologischen Zustand zu etablieren. Bis 2030 sollen mindestens 15 Prozent der Fläche als Schutzgebiets- und Biotopsverbundsystem ausgewiesen werden.

Zwei Prozent sollen sich als Wildnisgebiete weitgehend ungestört entwickeln können. Ein wichtiges Element ist die „grün-blaue Infrastruktur“ von der Küste über landwirtschaftlich genutzte Flächen und natürliche Landschaften bis hin zu den urbanen Räumen. Das Maßnahmenpaket benötige bis 2030 zusätzlich 235 Millionen Euro aus der Landeskasse und 45 Arbeitsstellen, so der Minister. Zählt man EU- und Bundesmittel hinzu, soll die Biodiversitätsstrategie knapp eine Milliarde Euro kosten. „Wenn wir nicht gewillt sind, Geld in die Hand zu nehmen, nützen alle Strategien nichts“, sagte Christian Dirschauer (SSW): „Was einmal verloren gegangen ist, kommt nicht wieder“.

Das Artensterben sei „ganz besonders in der Agrarlandschaft“ zu beobachten, merkte Sandra Redmann (SPD) an. Marlies Fritzen (Grüne) forderte „eine andere Landnutzung“ und eine „Landwirtschaft, die mit der Natur

arbeitet und nicht gegen sie“. Der Pestizideinsatz auf den Feldern sei „der Haupttreiber für den Artenschwund“.

Die Landwirtschaft dürfe nicht um Jahrzehnte zurückgedreht werden, entgegnete Heiner Rickers (CDU). Wer Artenvielfalt wie vor 70 Jahren wolle, der müsse die Bewirtschaftung entsprechend verändern – mit der Folge, dass Teile der Grundversorgung zu wesentlich schlechteren Bedingungen ins Ausland abwanderten. Oliver Kumbartzky (FDP) wies darauf hin, dass 69 Prozent der Landesfläche landwirtschaftlich genutzt würden. Daher müssten die Betroffenen mit am Tisch sitzen: „Wirtschaft muss wettbewerbsfähig bleiben. Das Ganze muss ja auch bezahlt werden.“ Landwirten drohten nun weitere Einschränkungen und bürokratische Vorgaben, monierte Volker Schnurrbusch (AfD). Der Umweltausschuss berät weiter.

Neue Fangquoten: Ostseefischer in Not

Die Krise der Ostseefischerei spitzt sich zu: Dorsch und Hering, deren Bestände eingebrochen sind, dürfen im kommenden Jahr nach Willen der EU kaum noch gezielt gefischt werden. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) warb Ende Oktober erneut für Abwrackprämien für Kutter und finanzielle Unterstützung bei vorübergehender Stilllegung. Auch Möglichkeiten, gezielt nach einzelnen Fischarten zu angeln, sollten entwickelt werden. Zudem könnten die Fischer die Wissenschaft unterstützen, indem sie Umweltdaten lieferten. „Ich erwarte angesichts der existenzbedrohenden Lage für die Berufsfischer von der EU zusätzliches Geld“, so Kerstin Metzner (SPD).

Klaus Jensen (CDU) wies darauf hin, dass „die Gespräche auf Landesebene laufen“. Ende November habe die Landesregierung bereits zu einem Runden Tisch mit Mecklenburg-Vorpommern und dem Bund geladen. Während den heimischen Fischern quasi ein „Berufsverbot“ auferlegt werde, werde woanders „das Meer leergefischt“, sagte Volker Schnurrbusch, dessen AfD die Debatte angeschoben hatte.

Auf der Roten Liste

Tier- und Pflanzenarten, die in den Roten Listen des Landesumweltministeriums zur Kategorie 1 „Vom Aussterben bedroht“ gezählt werden (Ausschnitt):

Säugetiere

- Elbebiber
- Hausratte
- Kleine Bartfledermaus
- Zweifarbfloderm Maus

Brutvögel

- Bergente
- Birkhuhn
- Ohrentaucher
- Schwarzstorcht
- Schwarzmilan
- Wachtelkönig
- Seeregenpfeifer
- Lachseeschwalbe
- Trauerseeschwalbe
- Nebelkrähe
- Drosselrohrsänger
- Sperbergrasmücke
- Brachpieper

Fische

- Lachs
- Nordseeschnäpel
- Ostseeschnäpel

Amphibien

- Wechselkröte
- Rotbauchunke
- Kleiner Wasserfrosch

Reptilien

- Schlingnatter

Libellen

- Hauben-Azurjungfer
- Gestreifte Quelljungfer
- Gemeine Flussjungfer
- Kleiner Blaupfeil

Heuschrecken

- Zweifarbige Beißschrecke
- Feldgrille
- Maulwurfsgrille
- Blaufügelige Sandschrecke
- Buntbäuchiger Grashüpfer
- Sumpfgashüpfer

Blütenpflanzen

- Hügel-Schafgarbe
- Christophskraut
- Fadenstängel-Frauenmantel
- Kelch-Steinkraut
- Färber-Hundskamille
- Trauben-Graslilie
- Lämmersalat
- Niedrige Birke
- Weißer Zaunrübe
- Salz-Hasenohr





Öko-Heizung und Solardächer

Weitere Punkte des Gesetzes: Wer in seinem vor 2009 gebauten Haus die Heizung erneuert, muss bei der Wärmeversorgung ab Juli 15 Prozent des jährlichen Bedarfs durch erneuerbare Energie decken. Große und mittelgroße Orte werden verpflichtet, kommunale Wärmepläne aufzustellen. Auf geeigneten Dächern von Nichtwohngebäuden müssen künftig bei Neubau und Renovierung auf mehr als zehn Prozent der Fläche Photovoltaik-Anlagen installiert werden. Neu gebaute größere Parkplätze müssen Photovoltaik-Dächer bekommen.



Sonne statt Kohle: Ein Arbeiter montiert Photovoltaikmodule auf das Dach eines Hauses.

Schleswig-Holstein soll 2045 klimaneutral sein

Mit dem neuen Klimaschutzgesetz der Jamaika-Koalition soll Schleswig-Holstein bundesweit zum Vorreiter werden. CDU, Grüne und FDP wollen das Land schrittweise bis 2045 klimaneutral umrüsten. „Schleswig-Holstein ist das Klimaschutz- und Energiewendeland Nummer eins, und dabei wird es auch bleiben“, betonte Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne). Der SPD reicht die Reform nicht aus. Sie strebt die Klimaneutralität bereits für 2040 an.

„Was Sie hier wortreich aufschreiben, ist nicht geeignet, Schleswig-Holstein voranzubringen“, sagte SPD-Oppositionsführerin Serpil Midyatli

Ende November an die Adresse der Koalition. Es sei „ambitionslos“, nur die Vorgaben des Bundes und der EU einzuhalten. Der Norden habe die Voraussetzungen, mehr zu schaffen, „nicht nur das, was nötig ist, sondern das, was möglich ist“. Sie kündigte an, das Gesetz im Falle eines Sieges bei der Landtagswahl im kommenden Mai „nachzuschärfen“. Die SPD setze zwar hohe Ziele, nenne aber keine konkreten Maßnahmen, erwiderte Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben. Das sei keine Grundlage für eine mögliche rot-grüne Koalition nach der Landtagswahl.

CDU-Fraktionschef Tobias Koch betonte, das Land gehe mit gutem Beispiel voran: Landeslie-

genschaften sollen bis 2040 CO₂-frei sein, die Fahrzeugflotte bis 2030. Oliver Kumbartzky (FDP) hob die „Elektrifizierungsoffensive im Bahnverkehr“ hervor. Es müsse als erstes die Marschbahn nach Sylt in den Blick genommen werden.

Christian Dirschauer (SSW) mahnte, beim Klimaschutz „den sozialen Aspekt nicht außer Acht zu lassen“. Jörg Nobis (AfD) nannte das Gesetz „in Paragrafen gegossenen grünen Staatsdirigismus“. Der SSW enthielt sich bei der Schlussabstimmung, Sozialdemokraten und AfD votierten dagegen.

Mehr zum Thema: Seite 26

Im Norden fehlen Grundschullehrer

An zahlreichen Grundschulen im Lande fehlen Lehrer, und Unterrichtsstunden fallen aus. Die Landesregierung versucht, den Job attraktiver zu gestalten, der SPD reichen die Bemühungen nicht aus.

„Wir leiden bei Grundschulen und Förderzentren unter einem Mangel an Lehrkräften“, gestand Bildungsministerin Karin Prien (CDU) Ende November. Zwar seien an den Grundschulen 99,1 Prozent der Lehrerstellen besetzt, aber besonders in den Kreisen Pinneberg, Dithmarschen, Stormarn und Nordfries-

land gebe es Lücken. Die Ministerin will mit einer „Allianz für Lehrkräftegewinnung“ gegensteuern. Es soll mehr Studienplätze geben, das Land will Quer- und Seiteneinsteiger anlocken, und Gymnasiallehrer können sich zeitweise oder dauerhaft an Grundschulen abordnen lassen. Zudem soll das Gehalt der Grundschullehrer bis 2025/26 schrittweise von A12 auf A13 angehoben werden.

Die Lohnerhöhung laufe zu langsam, monierte Martin Habersaat (SPD). Der südliche Nachbar sei schneller: „Hamburg ist deutlich attrak-

tiver als Arbeitgeber.“ Viele Eltern seien alarmiert, so Habersaat. Es gebe Klassen, in denen einzelne Fächer über Monate ausfallen, anderswo funktioniere die Vertretung nicht, oder Klassen würden zusammengelegt. Jette Waldinger-Thiering (SSW) wies darauf hin, dass ab 2029/30 bundesweit ein Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für Grundschüler besteht: „Wir haben Schulen in Schleswig-Holstein, an denen regelmäßig nicht genügend Personal vor Ort ist, um eine Ganztagsbetreuung zu garantieren.“

Haushalt 2022: Investitionen und ein Hilfsprogramm für Kliniken

Jamaika will mit dem Landeshashalt 2022 verstärkt in Bildung, Infrastruktur und Klimaschutz investieren, die Krankenhäuser unterstützen – und zugleich Schulden tilgen. Der SSW ist mit an Bord, SPD und AfD votierten Mitte Dezember gegen das Zahlenwerk der Koalition. Den Sozialdemokraten ist der Etat zu ambitionslos, die AfD vermisst den Sparwillen. Es ist der letzte Etat des Bündnisses aus CDU, Grünen und FDP vor der Landtagswahl am 8. Mai 2022.



Tobias Koch (CDU): „Es gibt keinen Grund zur Entwarnung.“



Eka von Kalben (Grüne): „Land ist grüner geworden.“



Christopher Vogt (FDP): „Wir brauchen Wirtschaftswachstum.“



Jörg Nobis (AfD): „Strom muss bezahlbar bleiben.“

Das Jahr 2021 sei besser gelaufen als angenommen, erklärte CDU-Fraktionschef Tobias Koch: „Dennoch bleiben die Herausforderungen für den Landeshashalt extrem hoch.“ Die Jamaika-Fraktionen und die Regierung haben den Ursprungsentwurf an mehreren Stellen aufgestockt. So soll es 105 neue Lehrstellen geben. Zusatzausgaben in Millionenhöhe sind auch für Artenvielfalt, Schulgeldfreiheit bei Gesundheitsberufen, emissionsarme Ställe, Einbruchschutz, Polizeibauten und Boote der Wasserschutzpolizei geplant.

Jamaika hat außerdem einen Liquiditätsrettungsschirm für Krankenhäuser in Höhe von 150 Millionen Euro aufgespannt. Die Regierung kann nun Bürgschaften und Darlehen an Kliniken vergeben, die aufgrund der Coronapandemie in finanzielle Engpässe geraten sind, weil sie Betten für Covid-Patienten freihalten und planbare Operationen aufschieben müssen. Zudem soll das Kita-Bauprogramm um 25 Millionen Euro für die Jahre 2023 und 2024 angehoben werden. Für 2022 sind 15 Millionen Euro bereitgestellt.

Streit um Jamaika-Bilanz

„Jamaika hat fertig“, urteilte SPD-Opportunistin Serpil Midyatli. Die Menschen seien bereit für einen Aufbruch, aber die Landesregierung habe keinen Plan. Der Haushalt enthalte „mehr Mittel für Straßenbau als für Klimaschutz“. Die Sozialdemokraten forderten

vergebens 20 Millionen Euro für eine kostenlose fünfstündige Krippenbetreuung. Zudem wollte die SPD 40 zusätzliche Stellen für die Digitalisierung der Landesverwaltung schaffen.

Grünen-Fraktionschefin Eka von Kalben wehrte sich gegen die SPD-Kritik: „Allen Unkenrufen zum Trotz“ gebe die Koalition „unheimlich viel Geld für Bildung“ aus, 610 Millionen Euro stünden für Kitas bereit, und an den Schulen seien mehr als 720 neue Lehrstellen geplant. „Wir bringen unser Land bestmöglich durch die Krise“, betonte Christopher Vogt, Fraktionsvorsitzender der FDP. „Gesundheitlich, wirtschaftlich und gesellschaftlich“ stehe Schleswig-Holstein so gut da wie kaum eine andere Region.

Er könne mit dem Haushalt „gut leben“, erklärte Lars Harms (SSW). Allerdings sei Jamaika teilweise „nicht ehrlich“. So werde das vor Jahren gestrichene Weihnachtsgeld für Beamte immer noch nicht wiedereingeführt, und auch die zugesagte e-Sport-Akademie an der Fachhochschule Heide komme nicht. Es sei ein „Taschenspielertrick“, so Jörg Nobis (AfD), Teile der Notkredite für Maßnahmen wie E-Mobilität zu verwenden. Die AfD forderte vergeblich Ausgabenkürzungen von 105 Millionen Euro in der Verwaltung, bei der Energiewende, beim Klimaschutz und bei der Flüchtlingshilfe.

Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) sprach von einem „starken Haushalt“. Neben der Bewältigung der Pandemie gehe es um den Ausbau der Infrastruktur, die Digitalisierung und die Modernisierung des Landes. Die Verdopplung der Kita-Mittel seit 2017 sei ein Riesenkraftakt gewesen: „Und das lasse ich mir auch nicht madigmachen.“



Der Landeshaushalt 2022

Die Ausgaben des Landes sollen rund 14,6 Milliarden Euro betragen, bei Einnahmen von etwa 13,9 Milliarden. Gegenüber dem Ursprungsentwurf ist eine Schuldentilgung von 259 Millionen Euro vorgesehen. Dies wurde möglich, weil die November-Steuerschätzung zusätzliches Geld prognostiziert hat. Dennoch klafft eine Lücke zwischen

Einnahmen und Ausgaben von 931 Millionen Euro. Diese soll durch rund 700 Millionen Euro aus dem 5,5 Milliarden schweren Corona-Notkredit gedeckt werden, den der Landtag im Vorjahr beschlossen hat. Hinzu kommen Rücklagen, zum Beispiel aus dem Investitionsprogramm „Impuls“. Die Investitionsquote beträgt 10,9 Prozent.

Zitate des Jahres 2021

„ Kröten, Känguru, Kevin “

„Das wäre genauso sinnvoll als wenn man versucht hätte, den Bau von Telegrafenerleitungen durch den Verkauf gebrauchter Brieftaubenschenkel zu finanzieren.“

(Kai Dolgner, SPD, am 23. September über die Vorschläge der Koalition zur Finanzierung des Digitalausbaus)

„Mein Lieblingszitat des Kängurus ist die Not-to-do-Liste.“

(Bildungsministerin Karin Prien, CDU, am 25. März über die Känguru-Bücher des Berliner Schriftstellers Marc-Uwe Kling)

„Man könnte fast meinen, vor Jamaika gab es keine Straßen in und um Flensburg.“

(Christian Dirschauer, SSW, am 28. Januar über den Regierungsbericht zum Straßenbau)



„Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Das ist leider nicht die Abschiedsveranstaltung von Ralf Stegner, sondern das Parlament. Insofern kein Poetry-Slam heute von mir – anders als gestern Abend –, sondern eine Steuerrede. Was kann es schöneres geben?“

(Finanzministerin Monika Heinold, Grüne, am 24. September in der Debatte über Unternehmensbesteuerung)

Schalke

Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer ist Anhängerin des im Jahr 2021 wenig erfolgreichen FC Schalke 04. Das wurde mehrmals angesprochen.

„Der geschätzte Bundespräsident Johannes Rau sagte bei der Debatte zur Namensgebung von Stadien: ‚Und wie soll das dann gehen? Wie sollen wir das dann nennen: Dem-Ernst-Kuzorra-seiner-Frau-ihr-Stadion, oder wie?‘“

(Annabell Krämer, FDP, am 20. Mai über die Förderung von Frauen im Sport und über die Schalker Fußballlegende der 1930er Jahre)

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Stenographischer Dienst, jetzt kommt eine Rede auf Hochdeutsch.“

(Kay Richert, FDP, in der Plattdeutsch-Debatte am 26. November)



„Aber kommen wir zu den jetzt fünf Wortbeiträgen der SPD-Fraktion. Ich sagte eben, es ist wie bei ‚Kevin – allein zu Haus‘. Ich muss gestehen, in so einer Debatte habe ich ein wenig Phantomschmerzen, dass Ralf Stegner nicht mehr da ist.“

(Lukas Kilian, CDU, am 27. Oktober über den kurz zuvor in den Bundestag gewechselten langjährigen SPD-Fraktionsvorsitzenden)

„Testen ist nicht gleich Impfen. Wenn ich einen positiven Schwangerschaftstest habe, dann ändert das an meiner Schwangerschaft gar nichts. Das ist diese Gleichsetzung, von der wir endlich einmal wegkommen müssen.“

(Kai Dolgner, SPD, am 24. November über die Bedeutung von Testen und Impfen in der Corona-Pandemie)

„Das ist eine gute Frage. Da bin ich überfragt. Ich nehme den Publikumsjoker.“

(Oliver Kumbartzky, FDP, am 25. November auf eine Zwischenfrage des SPD-Abgeordneten Martin Habersaat)

„Meine Damen und Herren! Sie sehen mich hier ein bisschen konsterniert. Das liegt vielleicht auch daran, dass die Rede der Kollegin Krämer eben nahtlos an die Saisonleistung des FC Schalke 04 angeschlossen hat.“

(Lars Harms, SSW, am 20. Mai)

„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den begrüßenden Worten der Frau Präsidentin will ich nur die Frage anfügen, wie Schalke 04 eigentlich vorgestern gespielt hat.“

(Ministerpräsident Daniel Günther, CDU, am 28. Oktober zu Vizepräsidentin Krämer. Schalke hatte im DFB-Pokal mit 0:1 beim Drittligisten München 1860 verloren.)

„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! 18 Uhr, und die Parlamentarischen Geschäftsführer einigen sich darauf, zur besten Melkzeit hier noch diesen Tagesordnungspunkt aufzurufen.“

(Heiner Rickers, CDU, am Abend des 19. Mai in der Debatte über sinkende Milchpreise)

„Es bedarf auch nicht der Aufforderung, die unteren Katastrophenschutzbehörden einzubinden. Ich habe mich gefragt: Was denn sonst? Die Standesämter?“

(Jörg Hansen, FDP, am 25. August in der Debatte über den Katastrophenschutz)

„Wenn wir das energiepolitisch und verkehrspolitisch zusammenbringen können, wenn wir mit Strom vom Deich statt mit Öl vom Scheich fahren, dann ist das ein Win-win-Thema für Schleswig-Holstein.“

(Andreas Tietze, Grüne, am 27. August über die Elektrifizierung der Marschbahn)



„Ich habe es euch nicht immer leichtgemacht, aber ihr mir auch nicht, wenn ich das hinzufügen darf.“

(Ralf Stegner, SPD, am 23. September in seiner Abschiedsrede an die Adresse seiner eigenen Partei)

„Wir können wirklich froh sein, dass die Dänen den Tunnel bauen. Würde Deutschland derartige Großprojekte in der heutigen Zeit planen, dann würde es den Tunnel wahrscheinlich in 50 Jahren noch nicht geben, genauso wenig wie die Ostsee-Autobahn A 20.“

(Jörg Nobis, AfD, am 28. Oktober über die Fehmarnbeltquerung)

„Über das Verdauen von Kröten ist ja schon einiges vom Kollegen Peters gesagt worden, aber leider weiß man ja auch, was das Ende dieses Verdauungsprozesses ist.“

(Thomas Rother, SPD, am 26. Februar über den Grünen-Abgeordneten Burkhard Peters, der zuvor erklärt hatte, seine Fraktion habe bei der Reform des Polizeigesetzes „Kröten schlucken müssen“)



„Ich kann auch nicht ständig nach Bordsesholm fahren, um mir den Hund von Herrn Dr. Stegner auszuleihen. Das geht auch nicht. Der arme Hund braucht doch auch einmal eine Pause.“

(Christopher Vogt, FDP, in der Corona-Debatte am 20. April in Anspielung auf Menschen, die sich Haustiere leihen, um nächtliche Ausgangssperren zu umgehen)

„Frank Goosen lässt in seinem Buch ‚Radio Heimat‘ zwei Menschen in der Betrachtung Bochums auf einer Straßenbrücke stehen. Schließlich kommt einer von beiden zu dem Fazit: ‚Woanders ist auch scheiße!‘ Ich will gleich zu Beginn klarstellen, dass mir dieses Fazit in der aktuellen bildungspolitischen Debatte nicht reicht.“

(Martin Habersaat, SPD, am 27. Januar über die Schulpolitik in Corona-Zeiten)

„Nicht so viel klatschen! Ich habe nicht so viel Zeit. Der Minister hat nicht überzogen. Ich hatte damit fest gerechnet.“

Katja Rathje-Hoffmann, CDU, am 27. Januar über ihre Redezeit, die verlängert worden wäre, wenn Sozialminister Heiner Garg, FDP, sein Zeitkontingent überschritten hätte)



Bayern

Der Freistaat und ein dort beheimateter Fußballverein waren mehrfach Thema im Landtag.

„Genauso gab es am Anfang große Kritik, als der Profi-Fußball erlaubt wurde, aber Kinder, die Bewegung brauchten und sich bewegen wollten, nicht auf den Bolzplatz gehen durften. Das hat sich mittlerweile durch den Sieg von Holstein Kiel gegen Bayern bei allen Beteiligten natürlich maßgeblich geändert.“

(Eka von Kalben, Grüne, am 27. Januar über Corona-Einschränkungen und den Kieler Pokalsieg gegen den Rekordmeister zwei Wochen zuvor)

„Den äußerst privilegierten, gut gestylten Jungs vom FC Bayern München empfehle ich, ihre Arroganz in der Kabine zu lassen, demütig ein paar Schritte zurückzutänzeln und den Gesundheitsexperten die Impfstrategie zu überlassen – Gruß aus Kiel!“

(Birte Pauls, SPD, am 25. Februar. Vorher hatten Vertreter des FC Bayern eine bevorzugte Corona-Impfung von Profifußballern ins Spiel gebracht und einzelne Politiker attackiert)

„Es soll sogar Menschen geben, die sich als Bayern und gleichzeitig als Deutsche fühlen können.“

(Kai Dolgner, SPD, am 17. Juni über die doppelte Staatsbürgerschaft)

Fehmarnbelt: Baustelle als Risiko, Tunnel als Chance



Puttgarden, Ende November (v. li.): Mikkel Hemmingsen, Vorstand der Firma Sund und Baelt, Jens Ole Kaslund, Technischer Direktor der Firma Femern a-s, Benny Engelbrecht, dänischer Verkehrsminister, Enak Ferlemann, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesverkehrsministerium, Bernd Buchholz, Verkehrsminister von Schleswig-Holstein und Stefan Krenz von der Autobahn AG beim symbolischen, ersten Spatenstich für den Bau des Fehmarnbelt-Tunnels.

Bis 2029 soll ein Tunnel unter der Ostsee die Insel Fehmarn mit der dänischen Insel Lolland verbinden und damit die Straßen- und Schienenverbindung zwischen den Metropolen Hamburg und Kopenhagen beschleunigen. Für die Region dazwischen, insbesondere für den Tourismus im Kreis Ostholstein, birgt das Mammutprojekt Risiken während der Bauphase und Chancen für die Zeit danach. Das wurde bei einem Fachgespräch des Wirtschaftsausschusses im Oktober deutlich.

Während der Bauphase sei mit einem Rückgang von zehn Prozent bei den Übernachtungen auf Fehmarn zu rechnen, sagte Katja Lauritzen vom Ostsee-Holstein-Tourismus e.V. Allerdings

könne die Baustelle auch zum Anlaufpunkt für Fachpublikum und für technisch Interessierte werden. Das sei beispielweise beim Bau des Rügendamms zu beobachten gewesen. Der Grünen-Abgeordnete Andreas Tietze, Vorsitzender des Ausschusses, war bei diesem Punkt skeptisch: „Kommt jemand aus Castrop-Rauxel, um sich auf Fehmarn die Baustelle anzuschauen?“ Der Baustellentourismus beiße sich mit dem traditionellen Schwerpunkt des Urlaubs an der Ostsee – der Entschleunigung.

Verkehrsbehinderungen drohen

Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) wies darauf hin, dass es Belastungen durch den Baustellenverkehr geben werde. So werde

der Ausbau der B207 dazu führen, dass der Schienenverkehr zeitweise eingeschränkt sei und dass die Reisenden in Busse umsteigen müssten. Die Versorgung der Baustelle laufe aber größtenteils von der dänischen Seite per Schiff, betonte Buchholz. Und: Die Erreichbarkeit des Fährhafens Puttgarden sei jederzeit gewährleistet. Der SPD-Abgeordnete Kai Vogel befürchtete, dass Fachkräfte abwandern könnten, wenn die Verbindung auf die Insel schwieriger wird. Die Nachfrage nach Beschäftigten im Tourismus sei bundesweit hoch, mahnte Vogel: „Wenn die massiv abwandern, wird es schwer, sie wiederzugewinnen.“

„Personal sollte Dänisch können“

Sei der Tunnel erst fertig, so Tourismusexpertin Lauritzen, erhöhe dies den „Radius“ der Region. Ostholstein, etwa der Hansapark Sierksdorf oder das Seebad Weißenhäuser Strand, werde dann für Gäste aus Dänemark interessanter. Lars Harms (SSW) rief die Betriebe auf, ihrem Personal rechtzeitig die dänische Sprache nahezubringen. Die Nachfrage der Schüler vor Ort nach Dänisch-Unterricht sei hoch, so der Ostholsteiner CDU-Abgeordnete Peer Knöfler. Aber es gebe in diesem Landesteil zu wenige Lehrer für das Fach. Einigkeit herrschte darüber, dass die Anfahrt aus Richtung Norden mit dem Tunnel unkompliziert werde, während die Anreise aus dem Süden schwierig bleibe – denn es drohe stets der Stau vor dem „Flaschenhals Hamburg“, merkte Lauritzen an.

50 Sitzungen bis zum Sommer

Die Ausschüsse des Landtages kommen bis zur Landtagswahl am 8. Mai 2022 und bis zur Konstituierung des neuen Landtages noch rund 50 Mal zusammen, entweder in Präsenz oder als Videokonferenz. Viele Sitzungen sind öffentlich. Tagesordnungen sowie eventuelle Terminänderungen stehen im Internet: www.sh-landtag.de, Rubrik „Dokumente“.

Bildungsausschuss (jeweils donnerstags um 14:00 Uhr) 20. Januar, 10. Februar, 3. u. 31. März

Innen- und Rechtsausschuss (jeweils mittwochs um 14:00 Uhr) 12. u. 19. Januar, 2., 9. u. 16. Februar, 2., 9., 16. u. 30. März, 20. April

Finanzausschuss (jeweils donnerstags um 10:00 Uhr) 13. u. 20. Januar, 3., 10. u. 17. Februar, 3., 17. u. 31. März, 21. April

Sozialausschuss (jeweils donnerstags um 14:00 Uhr) 13. Januar, 3. Februar, 17. März, 21. April

Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss (jeweils mittwochs um 14:00 Uhr)

12. Januar, 9. Februar, 9. u. 30. März, 20. April
Wirtschaftsausschuss (jeweils mittwochs um 10:00 Uhr) 2. Januar, 9. Februar, 9. März, 20. April

Europausschuss (Termine im Landeshaus jeweils mittwochs um 10:00 Uhr) 2. u. 30. März

Petitionsausschuss (jeweils dienstags um 10:00 Uhr) 18. Januar, 1. u. 22. Februar, 8. u. 22. März, 19. u. 26. April, 17. Mai (die Sitzungen sind in der Regel nicht öffentlich, da persönliche Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern beraten werden)

Ideen für Europa: EU soll offener und sozialer werden

Offene Grenzen, mehr Minderheitenschutz, Armutsbekämpfung – das sind Forderungen aus Schleswig-Holstein an die Europäische Union. Experten gaben Anfang November im Europaausschuss ihre Gedanken über die „Konferenz zur Zukunft Europas“ zu Protokoll, die Vorschläge zur Weiterentwicklung der EU ausarbeiten soll.

Der Ausschuss diskutierte einen ganzen Tag lang mit rund einem Dutzend Institutionen. Auf Grundlage der Anhörung will der Europaausschuss dem Landtag eine Stellungnahme zuleiten, die Ende Januar beschlossen werden soll und die dann in die Diskussion auf EU-Ebene einfließt.

„Grenzen abbauen“

In Europa sollten Grenzen „so wenig spürbar wie möglich“ sein, sagte Peter Hansen vom Regionskontor Sønderjylland-Schleswig. In der Pandemie sei zu spüren, „was passiert, wenn die Grenze nicht so offen ist, wie wir es kennen“. Jette Waldinger-Thiering (SSW) sprach sich ebenfalls gegen „abrupte Grenzschließungen“ aus und mahnte eine bessere deutsch-dänische Abstimmung an. Der Grünen-Abgeordnete Bernd Voß regte europaweite Regeln für einen „kleinen Grenzverkehr“ an, damit Arbeitnehmer, Schüler und Studenten nicht wieder vor geschlossenen Schlagbäumen stehen. Dies sei aus der Region heraus jedoch schwer zu erreichen, so Johannes Callsen, CDU-Abgeordneter und Minderheitenbeauftragter der Landesregierung: „Am Ende ist das Außenpolitik, die in Kopenhagen und Berlin gemacht wird.“

„Minderheiten einbinden“

Gösta Toft von der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten forderte eine „Verankerung des Minderheitenschutzes im Rechtsrahmen der EU“ und verwies auf die europaweite Bürgerinitiative „Minority Safe-pack“ (MSPI). Obwohl mehr als eine Million Unterschriften zusammengelassen seien, lehne die EU-Kommission deren Forderungen weiterhin ab. Die Zukunftskonferenz sei die „beste Gelegenheit“, das Anliegen noch einmal vorzubringen, so Toft. „Die Minderheitenperspektive ist immer noch fast unsichtbar in der europäischen Politik“, klagte Ljubica Djordjevi vom European Center für Minority Issues. Sie empfahl ein „Minority Mainstreaming“: Die



Brüssel, März 2021 (v. li.): der damalige Ratspräsident, Portugals Premierminister Antonio Costa, EU-Parlamentspräsident David Sassoli und Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen mit ihrer gemeinsamen Erklärung zum Start der EU-Zukunftskonferenz

EU müsse im Vorwege prüfen, welche Auswirkungen ihre Beschlüsse auf Minderheiten haben. Die SPD-Abgeordnete Regina Poersch wies darauf hin, dass der Landtag sich seit langem fraktionsübergreifend um die Minderheiten kümmere und auch die MSPI unterstütze.

„Armut bekämpfen“

Landespastor Heiko Naß vom Diakonischen Werk forderte mehr EU-Engagement im sozialen Bereich. Zwar habe Brüssel das Ziel ausgegeben, bis 2030 die Zahl der von Armut bedrohten Menschen auf 15 Millionen zu senken und die Obdachlosigkeit zu besiegen. Aber diese Vorsätze müssten ambitionierter gefasst werden, denn allein in Schleswig-Holstein hätten 15,9 Prozent der Bevölkerung ein Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. „Was hilft den Menschen am meisten?“, fragte der FDP-Abgeordnete Stephan Holowaty: Transferzahlungen, Bildung oder eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung? Pastor Naß warb für eine „existenzsichernde Mindestsicherung“, eine Kindergrundsicherung, einen niedrigschwelligen Zugang zum Bildungssystem sowie Investitionen in den Wohnungsbau.

„Zweifel bleiben“

Joachim Krause vom Institut für Sicherheitspolitik an der Uni Kiel, äußerte Zweifel, ob die Konferenz „die großen Probleme Europas lösen wird“. So sei die Mehrheit der EU-Staaten gegen eine weitere Vertiefung der Union, und die Positionen in der Fiskalpolitik, der Einwanderungspolitik und der Haltung gegenüber

Russland und China lägen weit auseinander. Auch Uwe Puetter vom Studiengang European Studies der Europa-Universität Flensburg blickte skeptisch auf die Zukunftskonferenz. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie zu „tiefgreifenden Vertragsveränderungen“ führe, sei gering. Dennoch solle die Landespolitik sich einmischen, so Puetter: „Die Sichtbarkeit der EU entscheidet sich auch auf Landesebene.“

Die EU-Zukunftskonferenz

EU-Parlament und Kommission haben Anfang 2021 alle Bürger der Staatengemeinschaft aufgerufen, Ideen zur Weiterentwicklung der Europäischen Union vorzulegen. Die „Konferenz zur Zukunft Europas“ besteht aus Treffen der Zivilgesellschaft in ganz Europa, aus „Bürgerforen“ in Straßburg und aus einer Online-Beteiligung.

Für Mai 2022 ist eine „Plenartagung“ in Brüssel geplant, um die Ergebnisse zusammenzufassen. Dann kommen Abgeordnete aus dem Europäischen Parlament, den nationalen Volksvertretungen, Angehörige der Regierungen und der EU-Kommission sowie repräsentativ ausgewählte Bürger zusammen.



Abgeordnete und Fachleute diskutierten bei der ganztägigen Anhörung im Plenarsaal oder waren per Video zugeschaltet.

Klima: Die Lage ist ernst, aber das Land kann handeln

Der Klimawandel ist auch in Schleswig-Holstein spürbar, und seine Auswirkungen werden sich in den kommenden Jahren voraussichtlich weiter verstärken: Starkregen, Dürresommer, Sturmfluten. Die Landespolitik hat Möglichkeiten zum Gegensteuern, aber dabei gilt es, juristische Feinarbeit zu leisten.

Das sind Erkenntnisse aus der ganztägigen Expertenanhörung zum Thema „Klimaschutz in Schleswig-Holstein“ Mitte November. Die Ergebnisse des Austauschs mit rund einem Dutzend hochrangiger Fachleute aus den Bereichen Ökonomie, Landwirtschaft, Biologie, Energie, Naturschutz, Ozeanforschung, Jura und Sozialwissenschaft sollen nun in die weiteren Beratungen des Parlaments einfließen. „Der Landtag will sich einen Überblick verschaffen, um konkrete Schritte für Schleswig-Holstein vollziehen zu können“, so Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber zum Auftakt der Tagung.

„Es geht um die kommenden Generationen“

„Noch haben wir die Chance, die Erwärmung einzudämmen“, sagte Prof. Daniela Jacob, Direktorin des Climate Service Center Germany in Geesthacht – trotz besorgniserregender Daten, auch für Schleswig-Holstein. Im Land sei die Jahresmitteltemperatur seit 1950 um knapp 1,5 Grad gestiegen, von 8 auf 9,5 Grad. Die Folge: heftige Niederschläge, insbesondere im Winter und Frühjahr. Die Böden trockneten nicht mehr ab, und der häufige Wechsel von Frost- und Tau-Phasen belastete die gesamte Infrastruktur. „Wenn wir weitermachen wie

bisher“, so die Klimaforscherin, dann werde die Temperatur weltweit bis zum Ende des Jahrhunderts um 2,7 Grad steigen. Im Lande sei sogar ein Plus von mehr als 3 Grad denkbar.

Die am Tag zuvor beendete Klimakonferenz in Glasgow könne die Steigerung auf 2,4 Grad senken, aber es seien noch weitere Schritte erforderlich: „Jedes halbe Grad zählt, jedes Zehntelgrad zählt.“ Jacob forderte eine „Dekarbonisierung des Stromsektors“, den Kohleausstieg bis 2030, die Wiedervernässung von Mooren und die Aufforstung von Wäldern. Zudem solle das Land Pläne entwickeln, wie Küstendörfer, die von Überschwemmungen bedroht sind, weiter ins Land zurückgesetzt werden können. Es gehe um „das Wohlergehen der nächsten Generation“, so Jacob: „Wir haben es in der Hand.“

„Auch Klimaschutz muss verhältnismäßig sein“

Der Kampf gegen den Klimawandel sei zwar eine „überstaatliche Herausforderung“, ordnete der Jurist Prof. Christoph Brüning von der Uni Kiel die rechtlichen Möglichkeiten des Landes ein. Aber auch örtliche, regionale und nationale Maßnahmen seien wichtig. „Es gibt nicht das Klimaschutzrecht“, so Brüning, sondern viele

ineinandergreifende Kompetenzen. Zunächst sei die Europäische Union am Zug, sagte der Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht und Verwaltungswissenschaften, denn auch die EU sei Vertragspartner des Glasgower Klimagipfels. Alles, was Brüssel offenlasse, „steht den Mitgliedsstaaten zur Verfügung“. In Deutschland geschehe das „im föderalen Verbund“, denn das Klimaschutzgesetz des Bundes enthalte zahlreiche Öffnungsklauseln für die Länder.

Die Landespolitik müsse „Maßnahme für Maßnahme durchgehen“, um ihren eigenen Spielraum auszuloten – etwa bei den Themen Luftreinhaltung, Raumordnung, Wärmesektor oder kommunale Energieversorgung. Allerdings: „Auch ehrenwerte Ziele müssen in den Formen und Bahnen des Rechts umgesetzt werden.“ Brüning wandte sich gegen Beschlüsse einzelner Kommunen, sich zum „Klimanotstandsgebiet“ auszurufen. Klimaschutzregeln müssten verhältnismäßig sein, denn der Klimaschutz sei nur ein Belang von mehreren, „der andere Belange überwiegen muss“, um vor Gericht Bestand zu haben. Insgesamt sei „der Regelungsspielraum des Landes gar nicht so klein“, bilanzierte Brüning. Aber: „Ein Verbot von Verbrennungsmotoren durch das Land Schleswig-Holstein dürfte wohl verfassungswidrig sein.“

Die Veranstaltung ist auf YouTube zu sehen. **Stichworte: Landtag, Expertenanhörung, Klimaschutz**

Der Land-Tag in Einfacher Sprache

Alle Menschen sollen verstehen was im Land-Tag gesagt wird. Hier stehen Texte in Leichter oder Einfacher Sprache. Denn: Viele Menschen haben Probleme mit dem Lernen, Lesen und Verstehen.

Viele Menschen können auch nicht so gut Deutsch. Deswegen werden schwere Wörter erklärt. Die Macher von dieser Seite versuchen nach den Regeln für Leichte und Einfache Sprache zu schreiben.

Wild-Gänse sind ein Problem für die Bauern

An der West-Küste von Schleswig-Holstein leben im Herbst viele Wild-Gänse. Natur-Schützer freuen sich über die Vögel an der Nord-See. Aber für Land-Wirte sind sie ein Problem. Denn sie fressen das Gras auf den Wiesen. Und sie machen Schmutz.

Klaus Jensen ist von der CDU. Er sagt: Die Bauern sollen die Gänse-Eier einsammeln. Dann gibt es weniger Vögel.

Christian Dirschauer ist vom SSW. Er sagt: Die Bauern sollen Geld bekommen wenn die Gänse ihr Gras fressen.

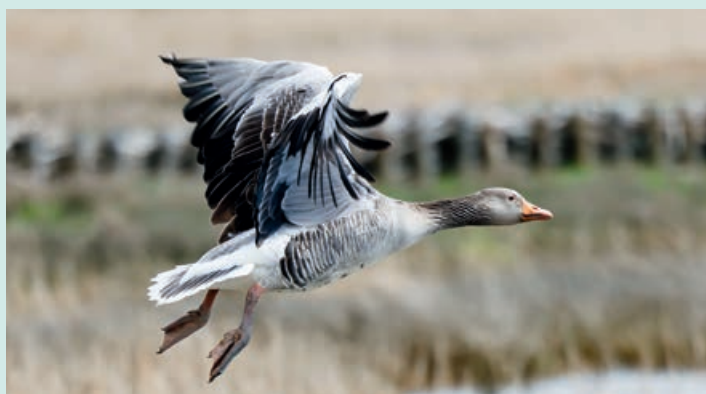
Oliver Kumbartzky ist von der FDP. Er sagt: Es gibt sehr viele Wild-Gänse in Schleswig-Holstein. Sie sind nicht vom Aus-Sterben bedroht. Deswegen sollen Jäger die Tiere abschießen.

Volker Schnurrbuch ist von der AfD. Er sagt: Die Jäger sollen die Gänse nicht nur an der West-Küste abschießen. Sondern im ganzen Land. Denn das Problem gibt es überall.

Marlies Fritzen ist von den Grünen. Sie sagt: Ein Jäger trifft vielleicht eine Gans. Aber Hunderte Gänse fliegen in die Luft wenn der Schuss knallt. Und dann kommen sie wieder an die gleiche Stelle zurück.

Sandra Redmann ist von der SPD. Sie sagt: Die Bauern sammeln tote Wild-Gänse ein. Auch dafür sollen sie Geld bekommen.

Jan Philipp Albrecht ist von den Grünen. Er ist der Umwelt-Minister von Schleswig-Holstein. Er sagt: Zur Zeit gibt es viele Wild-Gänse. Aber das kann sich ändern. In ein paar Jahren sind es vielleicht viel weniger.



Eine Grau-Gans an der West-Küste. Dort gibt es auch Nonnen-Gänse. Beide Arten nennt man Wild-Gänse.



Marlies Fritzen von den Grünen



Klaus Jensen von der CDU



Empfang an Bord: Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer (li.), Kommandant Nils Brandt (2. v. li.), Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (2. v. re.), Kiels Oberbürgermeister Ulf Kämpfer (re.)

„Gorch Fock“: Das Patenschiff des Landtages kehrt heim

Rückkehr nach rund sechs Jahren: Die „Gorch Fock“, das Segelschulschiff der Bundesmarine, machte Anfang Oktober runderneuert wieder in Kiel fest. Landtagspräsident Klaus Schlie und Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer, die die Rückkehr des Dreimasters auf den letzten Seemeilen begleitete, äußerten ihre große Freude. Das Patenschiff des Landtages liegt nun wieder in dessen Nähe an der Gorch-Fock-Mole.

„Mit der ‚Gorch Fock‘ kehrt die Botschafterin Deutschlands und Schleswig-Holsteins auf den Weltmeeren zurück in ihren Kieler Heimathafen“, sagte der Landtagspräsident. Während der Instandsetzung habe es viel Gegenwind gegeben, und es sei darum gegangen, den Wert der seemännischen Ausbildung an Bord eines Großseglers in Zeiten der Technisierung und Digitalisierung zu verteidigen, so Schlie: „Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat auch in stürmischen Zeiten fest an der Seite seines Patenschiffes gestanden. Über alle Parteigrenzen hinweg sind wir stolz auf die Patenschaft.“

Schlie hatte sich dafür eingesetzt, die Instandsetzung fortzuführen, als dies während der langen Sanierungsphase und wegen der Kostensteigerung zeitweise zur Debatte stand. Weil an dem 1958 gebauten Schiff viel mehr repariert werden musste als zunächst gedacht, überstiegen die Kosten die anfangs kalkulierten zehn Millionen Euro deutlich. Letztlich billigte das Verteidigungsministerium die Steigerungen und legte einen Deckel von 135 Millionen Euro fest.

Landtagsvizepräsidentin Annabell Krämer begleitete die Bark auf dem Minenjagdboot „Fulda“ beim Einlaufen in die Kieler Förde. „Die ‚Gorch Fock‘ ist ein ganz besonderes Schiff – es ist in den vergangenen mehr als 60 Jahren zu einem maritimen Wahrzeichen

geworden“, hob Krämer hervor. In einer Zeit, in der Konflikte in der Welt zunehmen und sich Spaltungen vertieften, seien Botschafter gefragt, die Kontakte pflegten, neue Verbindungen knüpften und die Ideen von Demokratie, Freiheit und Völkerverständigung in die Welt trügen.

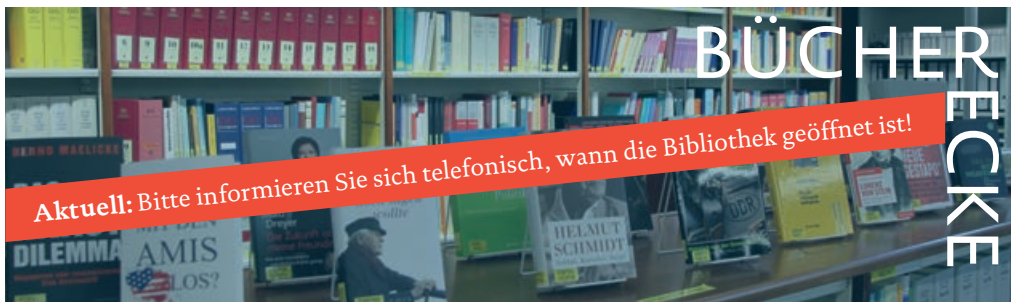
Als Zeichen der Verbundenheit mit dem Landtag fuhr die „Gorch Fock“ bei ihrer Rückkehr bis auf die Höhe des Landeshauses. Mit an Bord waren die Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer und der Inspekteur der Marine, Vizeadmiral Kay-Achim Schönbach. Für das Landeshaus wurde zu diesem Anlass eine Sonderbeflagung angeordnet: die Bundesdienstflagge mit

dem sogenannten Bundesschild. Nach einem Wendemanöver lief das Schulschiff in den Marinestützpunkt Kiel-Wik ein und machte an der Gorch-Fock-Mole (ehemals Tirpitzmole) fest, die kürzlich nach dem Dreimaster benannt wurde. Hier wurde das Schiff von den Ehrengästen empfangen, darunter Landtagsvizepräsidentin Krämer und Ministerpräsident Daniel Günther.

Der Landtag hat 1982 die Patenschaft für das Segelschulschiff übernommen. Die Patenschaft eines Parlaments für eine Einheit der Bundeswehr ist in Deutschland bislang einmalig. Sichtbaren Ausdruck findet dies am Landeshaus durch ein Unterwamt der „Gorch Fock“, das an der Nordseite des Gebäudes aufgespannt wurde. Daneben ist der letzte traditionelle Stockanker der Deutschen Marine aufgestellt, der ebenfalls von dem Segelschulschiff stammt und 1985 an den Landtag übergeben wurde.



Ein besonderer Gruß: Die „Gorch Fock“ machte dem Landeshaus ihre Aufwartung, bevor sie im Marinestützpunkt Kiel-Wik anlegte. Mitte November brach die Bark dann zu ihrer ersten Ausbildungsreise auf. Kurs: Kanarische Inseln.



Die Bibliothek des Landtages lädt ein

Die Landtagsbibliothek ist eine Service-Einrichtung für Abgeordnete und für Mitarbeiter aus Fraktionen und Verwaltung. Aber sie steht auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Interessierte Bürger sind im zweiten Stock des Landeshauses herzlich willkommen. Dort stehen 25.000 Bände aus den Gebieten Recht, Politik, Verwaltung, Sozialwissenschaften, Geschichte und Landeskunde. Als Appetithappen stellen die Mitarbeiter der Bibliothek in dieser Serie Werke vor, die in den Räumen der Bibliothek eingesehen werden können. Interessiert? Die Bibliothek ist von Montag bis Freitag zwischen 8:30 Uhr und 12:00 Uhr sowie zwischen 13:00 und 16:00 Uhr geöffnet. Bitte bringen Sie Ihren Personalausweis mit. Weitere Informationen gibt es unter den Telefonnummern 0431/988-1110 und 0431/988-1111. Bei der Büchersuche hilft der Online-Katalog auf der Website des Landtages: www.sh-landtag.de, „Service“, Rubrik „Landtagsbibliothek“.



Aminata Touré: Wir können mehr sein. Die Macht der Vielfalt. 2. Aufl. Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2021. 266 S.

Aminata Touré, in Neumünster aufgewachsen, ist seit 2017 Grüne Abgeordnete im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Seit 2019 ist die heute 29-jährige die jüngste Vizepräsidentin eines deutschen Landesparlaments. Ihr Buch handelt vom Aufwachsen als schwarze Frau in Deutschland, von ihrem Weg in die Politik, von Erfolgen und vom Scheitern. Touré ruft junge Menschen mit unterschiedlichen kulturellen Hintergründen auf, in die Institutionen zu gehen, um die Politik und unser Zusammenleben zu verändern.



Bollmann, Ralph: Angela Merkel. Die Kanzlerin und ihre Zeit. Biografie. München: Beck, 2021. 800 S., Illustrationen

Mit Angela Merkel zog 2005 erstmals eine Frau und eine ehemalige Bürgerin der DDR ins Kanzleramt ein. Aus der Bundesministerin und Generalsekretärin der CDU wurde die bekannteste deutsche Politikerin und eine der mächtigsten Frauen der Welt. Ralph Bollmann zeichnet in seiner Biografie den Lebensweg Merckels nach und erzählt die Geschichte ihrer Kanzlerschaft, die von der Finanzkrise über die Flüchtlingskrise bis zur Covid19-Pandemie enorme Anstrengungen an sie stellen sollte. Er beschreibt das Bild einer starken Frau im Zentrum der Macht, deren Politik ein ganzes Zeitalter geprägt hat.



Die Misstrauensgemeinschaft der „Querdenker“. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive. Hrsg. von Sven Reichardt. Frankfurt am Main: Campus Verlag, 2021. 323 S., zahlr. Illustrationen

Die Corona-Pandemie und die Infektionsschutzpolitik der Bundesregierung haben eine neue Bewegung hervorgebracht: die „Querdenker“. Über die soziale Zusammensetzung, die Mediennutzung und die Wissenspraktiken dieser Gruppe ist bisher wenig bekannt. Erstmals hat eine interdisziplinäre Gruppe von Sozialwissenschaftlern die Proteste umfassend untersucht, um zu verstehen, warum die Bewegung entstanden ist, was sie bewegt und wie sie agiert.

Das Buch behandelt umfassend die unterschiedlichen Protestgruppen, von wirtschaftlich Betroffenen bis hin zu Rechtsradikalen und gibt einen Einblick in die Welt der „Querdenker“.

Zeitschriften-Abo

„Der Landtag“ kommt zu Ihnen ins Haus – vier Mal im Jahr und natürlich kostenfrei! Wenn Sie die Landtagszeitschrift abonnieren möchten, wenden Sie sich bitte an:

Schleswig-Holsteinischer Landtag
L 1415
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Fax: 0431 988-1119
bestellungen@landtag.ltsh.de

Impressum

Herausgeber:

Der Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages

Redaktion:

Referat für Öffentlichkeitsarbeit,
Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel

Johannes Utzolino (V.i.S.d.P.)

Tel. 0431/988-1130, johannes.utzolino@landtag.ltsh.de

Karsten Blaas (Redakteur)

Tel. 0431/988-1125, karsten.blaas@landtag.ltsh.de

Yvonne Windel (stellv. Redakteurin)

Tel. 0431/988-1122, yvonne.windel@landtag.ltsh.de

Fotos:

Regina Baltschun, Thomas Eisenkrätzer, Michael August, Karsten Blaas, Yvonne Windel, Detlef Ziep, Janine Wergin, Vivien Albers, Lea Meyer, Archiv des Landtages, Landesarchiv Schleswig, dpa-Bildfunk, WavebreakmediaMicro/Adobe Stock, AOK, Erich Kasten/pixelio.de, C. H. Beck-Verlag, Campus-Verlag, Verlag Kiepenheuer und Witsch, E.on Hanse, Grey59/pixelio.de, Gerd Bauer/pixelio.de, Berndt Steincke, Frank Peter, Roland H. Bueb, Rebecca Hollmann, SPD-Landesverband

Konzept:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Titelseite: Amatik,
Boninstraße 63, 24114 Kiel

Gestaltung, Layout:

Stamp Media im Medienhaus Kiel,
Ringstraße 19, 24114 Kiel,
www.medienhaus-kiel.de

Herstellung, Druck:

AlsterWerk MedienService GmbH
Billstraße 103, 20539 Hamburg

Bezug der Landtagszeitschrift:

(Abonnement und Versand kostenfrei)
Landtag Schleswig-Holstein, Ref. f. Öffentlichkeitsarbeit,
L1415, Postfach 7121, 24171 Kiel, Telefon 0431/988-1639,
Fax 0431/988-1119, bestellung@landtag.ltsh.de

Die Zeitung wird auf umweltschonend hergestelltem,
chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 16. Dezember 2021

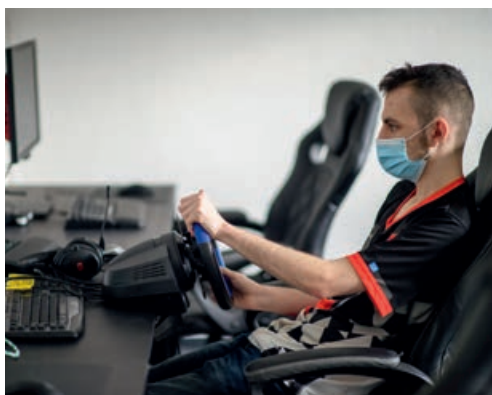
Der Landtag im Internet: www.sh-landtag.de



Wie wirken sich die Beschlüsse des Landtages konkret aus?
In dieser Serie zeigen wir Beispiele.

e-Sport-Zentrum in Kiel eröffnet

Computerspiele sind ein zentraler Bestandteil der Alltagskultur, vor allem für Kinder und Jugendliche. Der elektronische Sport („e-Sport“) bietet ein Gemeinschaftserlebnis und ist zudem ein Wachstumsmarkt, auf dem jährlich in Deutschland dreistellige Millionenbeträge umgesetzt werden. Schleswig-Holstein soll deswegen ein Land für „Gamer“ werden. Dieses Ziel verfolgt die Landespolitik seit mehreren Jahren mit großer Geschlossenheit. Ein wichtiger Baustein ist das „Landeszentrum für e-Sport und Digitalisierung“ (LEZ SH) in



e-Sport: Auch Autorennen können digital ablaufen.

Kiel, Holstenbrücke 2-6, das Mitte September seine Pforten geöffnet hat. Das LEZ SH ist ein Forum für Training und Wettkämpfe, bietet aber auch Aufklärungsarbeit und Angebote zur Förderung der Medienkompetenz.

Die „geschaffenen Strukturen“ seien „weiterhin zu unterstützen“, heißt es in einem Papier der Jamaika-Fraktionen, das der Landtag im Dezember mit großer Mehrheit verabschiedet hat. E-Sport fördere digitale und mediale Kompetenz, berge aber auch Gefahren, etwa durch Spielsucht. Der SSW enthielt sich der Stimme und forderte mehr Engagement – etwa eine e-Sport-Akademie in Heide und eine Zusammenarbeit mit den Schulen.

s. Landtagszeitschrift 01/2019

Jugendberufsagenturen sind Erfolgsmodell

Viele Lehrstellen bleiben unbesetzt, weil es zu wenige Bewerber gibt. Gleichzeitig bleiben aber auch zahlreiche Jugendliche ohne Ausbildungsplatz – weil sie keine Stelle in ihrem Traumberuf finden oder weil die Anforderungen zu hoch sind. Landtag und Landesregierung haben deswegen Ende 2013 sogenannte Jugendberufsagenturen (JBA) ins Leben gerufen. Dort soll jungen Menschen, vor allem ohne Schulabschluss oder mit geringer Qualifikation, neue berufliche Perspektiven aufgezeigt werden.



JBA: Hilfe bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Ende September 2021 fiel die Bilanz rundweg positiv aus, als Wirtschaftsminister Bernd Buchholz (FDP) im Landtag einen Bericht zum Thema vorstellte. Jugendberufsagenturen böten die Chance, „dass wir rechtskreisübergreifend alle an einem Tisch haben“. Und: „Wir sind auf einem richtigen Weg einen erheblichen Schritt vorangekommen in den vergangenen Jahren.“ Buchholz kündigte an, die Agenturen weiter zu stärken. Laut dem Regierungsbericht gibt es Jugendberufsagenturen an 20 Standorten in zehn Kreisen und kreisfreien Städten. Unterstützt hat das Land den Aufbau seit 2015 mit knapp 470.000 Euro (Stand August 2021). Im Haushaltsjahr 2021 sind 150.000 Euro zum Aufbau und zur Weiterentwicklung der JBA vorgesehen.

Keine Steuer mehr auf Kaffeespenden?

Der Landtag hatte die Landesregierung im Mai 2021 gebeten, sich auf Bundesebene für eine Änderung des Kaffeesteuergesetzes einzusetzen. Es geht um Kaffeespenden für gemeinnützige Zwecke. Hintergrund: Rohkaffee wird nach dem Import in ein Steuerlager gebracht. Dort wird der Kaffee geröstet, gelagert und verarbeitet. Erst nach der Verarbeitung und der Entnahme aus dem Steuerlager wird der Kaffee besteuert – mit 2,19 Euro je Kilogramm bei Röstkaffee und 4,78 Euro je Kilogramm bei löslichem Kaffee. In manchen Fällen ist der Kaffee zwar noch verzehrbar, aber für den Vertrieb nur noch eingeschränkt nutzbar, zum Beispiel, wenn er kurz vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums steht. Das Kaffeesteuergesetz enthält derzeit zwar Befreiungstatbestände im Falle der Vernichtung von Kaffee, die Spende von



Kaffebohnen: Vor dem Genuss kommt die Steuer.

Kaffee an gemeinnützige Körperschaften wird dagegen momentan nicht entlastet. Damit führt das Kaffeesteuergesetz dazu, dass es finanziell günstiger sein kann, den Kaffee zu vernichten anstatt ihn zu spenden.

Die Landesregierung hat Mitte Oktober eine Initiative zur Steuerbefreiung von Kaffeespenden in den Bundesrat eingebracht. „Wir wollen einen Beitrag dazu leisten, die Lebensmittelvernichtung zu reduzieren“, erklärte Finanzministerin Monika Heinold (Grüne) in der Länderkammer.

s. Landtagszeitschrift 02/2021



Ramūnas Misiulis ist seit Juni 2021 Botschafter der Republik Litauen in Deutschland. Bei seinem Besuch im Landtag Mitte November traf er Landtagsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber zu einem Gespräch über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Kultur. Schleswig-Holstein betreibt in der litauischen Hauptstadt Vilnius ein „Schleswig-Holstein-Büro“.

Zu Besuch im Landeshaus



Das Marinemusikkorps Kiel hat Mitte Oktober sein alljährliches Mittagskonzert im Landeshaus gegeben. Rund 70 Zuschauer lauschten klassischer Militärmusik, aber auch Walzer- und Tangostücken und einem Potpourri aus Kinderfilmmusik. Ein besonderer Dank galt dem musikalischen Leiter des Orchesters, Fregattenkapitän Friedrich Szepansky, der im kommenden Jahr in den Ruhestand geht.

Seit gut einem Jahr ist Irina Tybinka Generalkonsulin der Ukraine in Hamburg. Anfang November besuchte sie den Landtag. Nach der Eintragung ins Gästebuch kam sie mit Parlamentsvizepräsidentin Kirsten Eickhoff-Weber (hinten) zu einem politischen Gespräch zusammen.



Der Schweizer Publizist und Ökonom Roger de Weck las Mitte November aus seinem Buch „Die Kraft der Demokratie – Eine Antwort auf die autoritären Reaktionen“ und diskutierte mit rund 40 Gästen über aktuelle Herausforderungen.



Ende Oktober luden Landtag und Landesregierung zur Eröffnung der 10. Deutsch-Russischen Dokumentarfilmtage, die Schleswig-Holstein gemeinsam mit der Oblast Kaliningrad ausrichtete. Die russische Seite war per Videoschleife im Plenarsaal dabei. Produzent und Regisseur Sven O. Hill (Foto) präsentierte den Eröffnungsfilm „Coup“ über einen Bankbetrug im Jahr 1988.

Termine, Termine, Termine ...

Offener Besucherabend im Landeshaus

Die Öffentlichkeitsarbeit des Landtages lädt auch 2022 zum Offenen Besucherabend. An 13 Montagen stehen der Plenarsaal und weitere zentrale Bereiche des historischen Gebäudes offen. Vier Führungen sind auf Plattdeutsch und werden vom Schleswig-Holsteinischen Heimatbund angeboten. Das Programm dauert gut eine Stunde und beginnt um 18:00 Uhr im Eingangsbereich. Voranmeldungen sind nicht erforderlich. Nur ihren Personalausweis sollten Gäste dabei haben.

Die Termine: 31. Januar, 28. Februar, 7. März (op Platt), 28. März, 25. April, 13. Juni (op Platt), 27. Juni, 29. August, 5. September (op Platt), 26. September, 24. Oktober, 28. November, 5. Dezember (op Platt)

**Aktuelles zur Pandemielage unter
www.sh-landtag.de**

Gedenken an den Holocaust und die „Cap Arcona“-Opfer

Am 27. Januar begeht der Landtag auch im Jahr 2022 den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. An diesem Tag im Jahr 1945 befreite die Rote Armee das Vernichtungslager Auschwitz. Begleitet wird die Gedenkstunde im Plenarsaal von einer Ausstellung über die „Cap-Arcona“-Tragödie. Am 3. Mai 1945 waren bei einem britischen Luftangriff auf Schiffe in der Lübecker Bucht fast 7.000 KZ-Häftlinge gestorben. Die SS hatte die Gefangenen an Bord des Passagierdampfers „Cap Arcona“ und des Frachtschiffes „Thielbek“ gebracht.

Die Briten hielten die Schiffe für Truppentransporter und eröffneten das Feuer. Der Landtag plant die Ausstellung gemeinsam mit dem „Museum Cap Arcona“ in Neustadt in Holstein sowie mit Schulen aus der Region. Sie soll vom 24. Januar bis zum 6. Februar im ersten Stock des Landeshauses gezeigt werden.

**Aktuelles steht auf der Website
des Landtags: www.sh-landtag.de**



Ein Findling markiert in Grube an der Lübecker Bucht ein Massengrab, in dem 31 Opfer der „Cap Arcona“-Katastrophe liegen.

Sprechtag der Bürgerbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten, Samiah El Samadoni, plant auch im Winter Außensprechtag, um Bürger vor Ort zu beraten.

Geplant sind folgende Termine:

Donnerstag, 6. Januar: Lübeck

Mittwoch, 12. Januar: Itzehoe

Dienstag, 18. Januar: Heide

Donnerstag, 3. Februar: Lübeck

Dienstag, 15. Februar: Heide

Mittwoch, 16. Februar: Elmshorn

Donnerstag, 3. März: Lübeck

Dienstag, 15. März: Heide

Termine in **Lübeck** bei der Deutschen Rentenversicherung Nord, Ziegelstr. 150, 10:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Itzehoe** von 14:30 bis 17:30 Uhr, der Ort stand bei Redaktionsschluss noch nicht fest. Termine in **Heide** im Bürgerhaus, Neue Anlage 5, 11:00 bis 15:00 Uhr. Termin in **Elmshorn** in der Kreisverwaltung, Kurt-Wagener-Straße 11, 11:00 bis 15:00 Uhr.

Zu den Terminen ist eine Anmeldung erforderlich. **Telefon: 0431/988-1240.**

Zudem ist eine persönliche Beratung in der Dienststelle im Karolinenweg 1 in **Kiel** nach telefonischer Anmeldung möglich. Und: Zwischen 9.00 Uhr und 15.00 Uhr sowie mittwochs bis 18.30 Uhr gibt es weiterhin eine Beratung am Telefon – zu Fragen des Sozialrechts wie auch zu den weiteren Zuständigkeiten der Bürgerbeauftragten.

**Aktuelles unter www.sh-landtag.de,
Rubrik „Beauftragte“**